

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Postzelle oder deren Raum 80 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pfg., auswärtsige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 289.

Donnerstag, den 11. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Randbemerkungen zu Leipzig.

Von Dr. Werner Peiser.

Zu dem Leipziger Parteitag der „Unabhängigen“ läßt sich allerlei und wenig sagen; allerlei, indem viele Worte und viele Meinungen vorgebracht wurden — wer erinnert sich nicht des alten lateinischen Sprichwortes: Quot homines tot sententiae! So viele Menschen, so viele Meinungen, hatte man einst gesagt; heute dürfte die Uebersetzung „Richtungen“ eher zutreffen — wenig, indem im Grunde genommen das Ergebnis genau so war, wie es sich von vornherein erwarten ließ: es hat sich gezeigt, daß trotz aller vorhandenen Einigungsbestrebungen, die Spaltung nicht nur eine äußere, sondern auch eine innerliche ist, besteht sie doch nicht nur zwischen den beiden größten Bruderparteien, sondern in der U. S. P. D. selbst. Hier Cohn — hier Ledebour, lautet der Schlagruf und die Zeit ist — auch innerlich — nicht allzu fern, da Ledebour sich weigerte, sich mit Haase auf dieselbe Liste setzen zu lassen. Ein Parteifreund sagte mir kürzlich, es sei gut, daß Haase diesen Parteitag nicht erlebt habe; diese Neuerung klingt ein wenig roh, aber sie entspricht den Tatsachen. Denn eine Kompromisnatur, wie Haase sie war, so untadelhaft auch sein Charakter war, hätte es nicht vermocht, die mit fliegenden Fahnen nach Mostau eilenden Genossen im Lande zu halten.

Unabhänglich der Aufhebung des Belagerungszustandes, womit bekanntlich eine der Hauptforderungen der „Unabhängigen“ erfüllt wurde, schrieb eine der politischen Leuchten der „Deutschen Zeitung“ einen Artikel, in dem er über die unmittelbar bevorstehende Einigung der Sozialdemokratie orakelte. Zwei Möglichkeiten sind gegeben: entweder der Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ hat feine Ohren als wir und hat tiefer hinter die Kulissen geschaut, oder aber er hat sich in eine politische Sackgasse leiten lassen, in die eigentlich ein Politiker nicht hineingeraten sollte. Gewiß, die Einigungstimmung liegt in der Luft, die Massen fordern sie, die Führer behaupten, sie zu wünschen und unterstreichen immer aufs Neue, daß ihre Person kein Hindernis für die Einigung sein soll. Doch was vor kurzem, vor vierzehn Tagen vielleicht noch möglich erschien, scheint heute als überaus fraglich.

Unsere Zeit steht mehr als je im Zeichen der Phrase, des Schlagwortes, und so hört man von denen, die es gut meinen, fast täglich den nicht gerade geistdurchdrungenen Satz: wir sind einig im Ziel, uneinig im Weg. Ja aber, so müssen wir doch fragen, Ziel wo und Weg wohin? Solange das Ziel nicht einigermaßen klar umrissen vor Augen liegt — und auch der leidenschaftlichste Ränder der Räteregierung wird dieses heute noch nicht zu schauen vermögen — solange ist doch immerhin der Weg das, was uns gemeinsam sein müßte. Und wenn nun der Eine den entwicklungsgewollten Weg, inneren Gesetzen folgend, überschreiten will, der Andere aber sprunghaft einem Ziele zusteuert, das auch er nicht besser kennt als wir und das sich nebelhaft an das Wort Mostau anklammert, so ist doch von der Gemeinsamkeit recht wenig zu sprechen. Mostau ist eine schöne Stadt, Zinnen und Türme ragen hoch auf in ihr und goldene Kirchendächer winken den wandernd auf sie Zuhreitenden. Ein gastliches Volk beherbergt sie, das nur zurzeit arg dezimiert und in seinem Aufstieg gehemmt ist. Auch wir lieben die Poesie Mostaus, aber wir vergessen nicht, daß sein Platz stark an des Orients Schönheit erinnert und seine Kultur Asiens Stempel trägt. Und deshalb halten wir es für richtig, den Weg nach Asien nicht anzutreten und auch Mostau abseits von unserem Wege liegen zu lassen.

Die Tagesleidenschaft, die politischen Kämpfe, die seit Jahresfrist um die innere Gestaltung Deutschlands toben, machen es mehr als je unmöglich, die inneren Gegensätze, denen auch das scheinbar chaotische Geschehen unserer Zeit unterliegt, mit kritischer Gründlichkeit zu unterziehen. Befähigen die Leipziger Diktatoren ein wenig mehr philosophische Einsicht oder doch zum mindesten Verständnis für proletarische Philosophie, so würden sie alsbald einsehen, daß der eherne Gang der Entwicklung sich nicht von einigen Revolutionären aufhalten oder beschleunigen läßt. Gewiß, es ist nichts verständlicher als der Wunsch, einmal mit starken Armen in das Rad der Geschichte einzugreifen und die Speichen vorwärtszutreiben, auf daß man einen Blick, wenn auch einen einzigen nur, in das gelobte Land der Zukunft tue. Aber diese Wünsche müssen gezügelt und die Aktion auf das notwendige Maß zurückgeführt werden, um nicht die Kräfte der Reaktion in Tätigkeit zu setzen. Denn die Gegenwart ist eine Zeit des Ueberganges, folglich der Unentschiedenheit, der Latenzlosigkeit, des Hin-und-her-Schwankens zwischen dem Alten und Neuen“, sagte schon Ludwig Feuerbach von seiner Zeit, und dieses Wort gilt in vollstem Maße auch für unsere Gegenwart. Uebergangszeiten sind aber nicht nur Zeiten des Hin-und-her-Schwankens, es sind auch Zeiten der wilden inneren Erregung, und es bedarf des Zusammenfassens aller physischen und moralischen Kräfte des Einzelnen, ihrer Erregung Herr zu werden, um nicht schließlich vor dem Richterfuhrer der Geschichte als Don Quixote im Kampfe gegen die Windmühlensflügel gekennzeichnet, der unabwendbaren Väterlichkeit preisgegeben zu werden.

Als Eduard Bernstein aus der „Unabhängigen“ Parteiauswahl, da wählte er ihr im „Vorwärts“ einen Leitartikel, der die Ueberschrift trug: „Auf Wiedersehen! Dieser

Ruf enthielt ein Programm und eine Hoffnung: ein Programm, indem er auf Bernsteins Arbeit im Dienste der proletarischen Einigung hinwies und eine Hoffnung, indem er die Erwartung der vollzogenen Einigung durchblicken ließ. Was die „Unabhängigen“ nun während des Krieges an Kulturtaten geleistet haben, soll ihnen unvergessen bleiben; auch viele von denen, die aus Disziplinargründen bei der alten sozialdemokratischen Partei blieben, waren innerlich mit ganzem Herzen bei der leidenschaftlichen Bekämpfung des Krieges durch die „Unabhängigen“. Hier schien eine neue Kultur sich aufzutun, die Kultur, die kein Blut mehr sehen will, die sich leidenschaftlich gegen alles aufbäumt, was Menschliches und von Menschenhand Geschaffenes zerstören will. Nicht Fanatiker nur jubelten Karl Liebknecht zu, als er sich wieder und wieder dem Kriege in die Flanke warf, sondern ehrlich waren die bei ihm, die Krieg dem Kriege riefen, deren innerlichstem Gefühl eine Kultur zuwider war, die organisatorisches Massenmorden verherrlichen und den Einzelmord mit dem Tode bestrafen konnte. Mit dem 9. November 1919 aber hörte die U. S. P. D. auf, im Sinne dieser Kulturarbeit, die auf eine Völkerverbrüderung hätte hinauslaufen müssen, weiterzuarbeiten, vielmehr tat sie nichts, um der Zerfetzung und dem Massenmord im eigenen Lande Einhalt zu tun. Mit dem Leipziger Parteitag hat sie den Schlussstrich unter ihre Kulturvergessenheit gesetzt. Mit ihm nähert sie sich dem charakteristischen Zeichen der Zeit — jener Methode, die in den Anfängen der Arbeiterbewegung in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts üblich war, und es braucht uns nicht wunderzunehmen, wenn eines Tages der Arbeiterschaft von „unabhängigen“ Führern anempfohlen wird, die Maschinen als Ursache ihres Elends zu zertrümmern anstatt den Kampf gegen die Institution, das kapitalistische Wirtschaftssystem, also fortzuführen. So kann man mit unendlichem Bedauern nur feststellen, daß das Abschiedswort, das ein Lebwohl enthält, zur Zeit berechtigter ist, als ein „Auf Wiedersehen“. Heute können wir nur feststellen, daß wir im Sinne der Kultur noch unendlich viel Arbeit zu leisten haben, und daß das Goethe'sche Wort für unsere Zeit im vollen Umfange noch gilt: Wir haben zwar seit einem Jahrhundert ganz tüchtig kultiviert, allein es können noch ein paar Jahrhunderte hingehen, ehe bei unseren Landsleuten so viel Geist und höhere Kultur eindringen und allgemein werden, daß man von ihnen wird sagen können, es sei lang her, daß sie Barbaren gewesen.

Die neuen Entente-Noten.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der Nationalversammlung besprach Mittwochs einander die letzte Note der Entente und die darauf zu gebende Antwort. Außer dem Reichsminister des Auswärtigen nahm auch der Reichskanzler an der Sitzung teil. Die Verhandlungen waren vertraulich. Wie das „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter Seite erfahren haben will, ergab sich volle Uebereinstimmung zwischen den Ansichten der Regierung und denen der Parlamentarier. Die Stellungnahme der deutschen Regierung in der Frage der Auslieferung von 400 000 Tonnen Wertmaterial wurde gutgeheißen und der Vorschlag, eine Sachkommission unter Leitung des Geheimrats Simion nach Paris zu entsenden, um der Entente an Hand eines genauen Verzeichnisses des in unserem Besitz befindlichen Materials die Unmöglichkeit ihrer Forderungen darzustellen, angenommen.

Ueber die Vorgeschichte der letzten Entente-Noten weiß der Pariser Korrespondent des „Hamb. Fr.“ mancherlei nicht Uninteressantes zu berichten: Am Freitag hatte Clemenceau die amerikanische Delegation zu überzeugen vermocht, daß sie sich zu den Alliierten stellen müsse, wenn nicht das ganze Verfallene Friedenswerk auseinanderfallen solle, und das könnten doch die Amerikaner nicht wünschen, da sie damit Wilsons Werk den Todesstoß gäben. Da gleichzeitig Meldungen aus Washington eingetroffen waren, Wilson habe Vorbehalte des Senats angenommen und Clemenceau seinerseits erklärte, Frankreich werde ihnen zustimmen, so glaubte der Führer der amerikanischen Delegation, Volk, dem Ultimatum an Deutschland zustimmen zu können. In diesem Sinne wurde nach Washington gekabelt. Am Sonnabend morgen trafen aus Washington zwei weitere wichtige Nachrichten ein, erstens, daß Wilson unheilbar krank sei, und der Senat eine Feststellung herbeiführen will, ob er imstande sein werde, die Staatsgeschäfte weiterzuführen, zweitens, daß das Repräsentantenhaus allen Wirrungen hinsichtlich des Friedens ein Ende machen werde, indem die republikanische Partei den Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklären werde. Diese Nachrichten mußte Volk am Sonnabend dem Obersten Rat der Alliierten mitteilen, wodurch eine vollständig neue Lage geschaffen war. Die Marschälle Foch und Wilson wurden gebeten, das Sitzungszimmer zu verlassen. Die bereits beschlossene Note an Deutschland wurde abgeändert. Der neuen Note wurde der Charakter eines Ultimatum's genommen und formale Zugeständnisse hinsichtlich des Schlupfweges des Protokolls gemacht. Daß der Text dieser Note nicht bereits am Sonnabend der deutschen Delegation überreicht wurde,

hat seinen Grund darin, daß Volk erklärte, nicht mehr auf eigene Faust handeln zu wollen, sondern die Note erst nach Washington zu kablem, damit sie von Lansing und Marshall gebilligt werde. Sehr ungünstig waren auch die Nachrichten, die Loucheur aus London mitbrachte; nicht einmal die Verprechung wegen Kohlen- oder Geldhilfe gab man ihm. Auf die englisch-französische Freundschaft fiel jedenfalls ein kalter Wasserstrahl. Der „Eclair“ macht nun auch England dafür verantwortlich, daß der Waffenstillstand nicht sofort aufgekündigt wurde.

Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ glaubt feststellen zu können, daß der Oberste Rat über die Gefahr klar sei, die deutschen Reaktivkräfte durch eine allzu straffe Spannung des Bogens zu begünstigen. Der Rat sei daher zu Milderung geneigt. Pariser und Londoner Drachtungen des „Secolo“ lassen einen Gegenlag der französischen und englischen Auffassung über das Ultimatum an Deutschland erkennen.

Die deutsche Antwort wird voraussichtlich schon am Donnerstagabend, spätestens aber am Freitag übergeben werden. Die Reichsregierung hofft mit der Entente über die Angelegenheit des Inkrafttretens des Friedens zu einer günstigen Einigung zu gelangen. Bei günstigem Verlauf der vorbereitenden Besprechungen mit der Entente soll, wie der „Hamb. Corr.“ aus Berlin erfährt, der Friedensvertrag bis zum 22. Dezember in Kraft treten. Nach Ansicht der Regierung ist dies der von der Entente vorgesehene endgültige Termin.

Die amerikanische Delegation bei der Friedenskonferenz verließ Paris am Dienstagabend.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 10. Dezember.

Die zweite Beratung des Reichsnotopfers

wird fortgesetzt. Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die geistige Debatte hat gezeigt, daß die Herren von der Rechten alles daran setzen, das Inkraftkommen des Reichsnotopfers zu verhindern. Wir werden dafür sorgen, daß die Kapitalverschiebung einen Ausgleich findet. Der Staatsbankrott wäre der Rechten nur angenehm, denn damit wäre für sie die Frage der Betriebsräte wohl erledigt. Wir wollen Deutschland sichern, wir wollen auch nicht das Ruhrgebiet besetzen lassen. Die Rede des Abg. Hugenberg war eine unerhörte Provokation alles dessen, was mit der Nationalversammlung zusammenhängt. Wie kann ein Mann, wie Hugenberg, der in dem Bestechungsprozeß unbedeutend geblieben ist, von Korruption sprechen, ein Mann, bei dessen Firma 750 Geheimberichte, die durch Bestechung erlangt worden sind, aufgefunden wurden. (Präsident Fejzenbach rügt diese Redewendungen.) Der Abg. Hugenberg hat gestern an dieser Stelle den ärztlichen Landesverrat getrieben, weil er deutsches Vaterland der Entente angeboten hat, wodurch wir alle zugrundegehen würden.

Präsident Fejzenbach (unterbrechend): Ich kann nicht zulassen, daß einem Mitgliede dieses Hauses eine landesräterische Handlung vorgeworfen wird. Ich habe dafür zu sorgen, daß es mit den Beleidigungen hin und her nicht so fortgeht.

Abg. Braun (fortfahrend): Es ist besonders von den Blättern der Schwerindustrie immer betont worden, daß man das Reichsnotopfer nicht bewilligen könne, weil die Entente die Hand darauf lege. Ich glaube, daß die Entente auch Geschäftsleute hat, die uns in mancherlei Hinsicht überlegen sind, weil sie nicht nur rein privatwirtschaftlich zu denken gewohnt sind wie die Herren der Deutschnationalen Partei. Wenn die Entente uns alles wegnimmt und unsere Wirtschaft erschwert, schädigt sie sich selbst. Das Reichsnotopfer bringt auch dem Reichshak nur Papier. An diesem Papier hat Frankreich kein Interesse. Die Art und Weise, wie über das Reichsnotopfer gesprochen wird, muß die Entente reizen. Sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages muß ein internationales Abkommen gegen Doppelbesteuerung geschaffen werden. Die Sozialdemokraten, die das Gesch. gemeinsam mit den Demokraten und dem Zentrum durchgeführt haben, sind selbstverständlich nicht so mit ihm zufrieden, wie sie es sein würden, wenn sie es allein geschaffen hätten. Eine Vermögenssteuer, die sich auf 30 oder 50 Jahre verteilt, ist ein vollständiger Gewinn. Nur dann, wenn ein wirtschaftlicher Zusammenbruch zu fürchten ist, kann eine Verteilung auf einen längeren Zeitraum zugestanden werden. Wir werden alles daran setzen, daß die Steuererläge zur Geländung unserer Wirtschaft führen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Farwid (Z.): Das Reichsnotopfer ist eine Notwendigkeit aus finanziellen und aus innerpolitischen Gründen. Einer Schonung bedarf dabei der Besitz der Allgemeinheit. Ferner müssen die Familie und die schaffende und verbende Arbeit geschützt werden. Ich bitte die Regierung, die Erklärung aus den Ausschussberatungen zu wiederholen, daß der wichtigste Gesichtspunkt sei, daß der gewerbliche Betrieb lebensfähig bleibt. Der Kredit wird durch das Reichsnotopfer ebenso wenig erschüttert werden wie durch den Wehrbeitrag. Einer Schonung bedarf auch das Vermögen der Auslandsdeutschen. Es muß von der Steuer befreit werden. Die Zwangsanleihe ist innerlich unhaltbar. Unbegreiflich ist es, daß in einer Steuerdebatte von unferem Volk und Land als von Laubbäumen gesprochen werden kann, und ich vermahne mich namens sämtlicher Angehörigen aller Parteien mit flammendem Protest gegen diesen Gedanken.

Abg. Dr. Hammer (D.): Meine Fraktion ist bereit, der Not der Zeit entsprechend dem Besten das größtmögliche Opfer aufzuerlegen. Wir stimmen daher einer einmaligen großen Vermögensabgabe, die in jährlichen Raten erhoben werden soll, in zweiter Lesung zu, indem wir allerdings diese Abstimmung für eine vorläufige ansehen. Bis zur dritten Lesung müssen wir

volle Klarheit schaffen. Auf's Tiefste spricht auch meine Partei gegenüber der Ausführung des Abg. Eugenberger ihre Entzückung aus.

Abg. Becker-Hessen (Dp.): Ein Hauptfehler der Vorlage ist, daß dem Notopfer der Vermögensstand vom 31. Dezember 1919 zugrunde gelegt werden soll, ohne Rücksicht auf künftige Vermehrung oder Verminderung des Betriebskapitals. Deshalb schlagen wir vor, eine Zwangsanleihe zu machen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Gründe, die uns veranlassen, das Reichsnotopfer vorzubringen, sind stärker als alle Bedenken, die dagegen sprechen. Dem hohen Liebe des Egoismus, das der Abg. Eugenberger geltend gemacht hat, lebe ich entgegen, das hohe Liebe des sozialen Geistes, der Solidarität. Der Sinn der großen deutschen Umwälzung ist doch der, daß die Arbeiter jetzt bei der Organisation des Betriebes mitsprechen sollen. Es ist die Aufgabe des Finanzministers der neuen deutschen Republik, dem Prozeß der Ansammlung von ungeheuren Vermögen in wenigen Händen entgegenzutreten. Wenn das Reichsnotopfer nicht verabschiedet wird, wird es keiner Regierung möglich sein, unser Wirtschaftsleben aufwärts zu führen. Wenn eine Zwangsanleihe ausgeschrieben würde, so müßte sie in kürzester Frist, etwa einem halben Jahre eingezahlt sein. Wir würden also in einem halben Jahre 30 Milliarden aus dem deutschen Wirtschaftsleben herausziehen. Maßgebende Führer der Industrie haben mir gesagt, daß wir das nicht machen könnten, denn dann wären wir alle fertig. Das Notopfer entzieht der Wirtschaft einschließlich der Zinsen jährlich nur 2,8 Milliarden; alles übrige verschwindet nicht aus dem Betriebe. (Zuruf rechts: Das sind ja Schulden.) Es handelt sich um eine Tilgungsrente bis zu 2,5 Milliarden Mark, die natürlich verzinst werden muß. Aber was als Zwangsanleihe erhoben wird, verschwindet vollkommen aus dem Betriebe. In Uebereinstimmung mit dem deutschen Handelskammertag soll das Betriebskapital nur zu 80 Prozent herangezogen werden. Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und zur Kräftigung der Reichsfinanzen ist das Reichsnotopfer in seiner gegenwärtigen Form notwendig.

Abg. Wurm (US.): Wir sind uns darüber einig, daß das Reichsnotopfer den Besitz zum Zerrütten werden läßt. Das Reichsnotopfer ist keine Sozialisierung. Wir bewilligen keinen Pfennig, wenn die wirtschaftlich Schwächeren stärker belastet werden, als die Wohlhabenden.

Damit ist die Generaldebatte beendet. Abg. Eugenberger bemerkt persönlich: Unwahr ist es, daß ich in dem Prozeß nicht beteiligt worden sei. Den Ausdruck „verleumderische Beleidigung“ will ich heute nicht anwenden, sonst könnte ich ihn in derselben Form, wie ihn Herr Erzberger gebraucht, auf Dr. Braun anwenden. Niemals habe ich es gewünscht, daß das Reichsnotopfer unter Fremdherrschaft käme. In namentlicher Abstimmung wird sodann der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß und Umarbeitung derselben in der Richtung einer laudenden Vermögensabgabe und einer Steueranleihe mit 236 Stimmen gegen 48 Stimmen der Rechten abgelehnt.

§ 1 der Vorlage wird unverändert angenommen. Der Antrag Arnstädt (Dp.) auf Hinzufügung einer Bestimmung, wonach das Reichsnotopfer zu einem Drittel in der Form einer einmöglichen Vermögenssteuer und zu zwei Dritteln in der Form einer Steueranleihe erhoben werden soll, wird abgelehnt.

§ 2 enthält Bestimmungen über die abgabepflichtigen physischen und juristischen Personen. Ein Antrag Blund, die Reichsangehörigen, die bereits vor dem 31. Juli 1914 sich mindestens zwei Jahre erwerbshäufig im Auslande aufhielten, ohne einen Wohnsitz im Inlande zu haben, und entweder am 31. Dezember 1919 noch im Auslande wohnen, oder innerhalb eines Jahres nach Friedensschluß des Erwerbs wegen wieder im Auslande ihren Wohnsitz nahmen, von der Abgabepflicht auszulassen, wird angenommen. Gleichfalls werden die Genossenschaften, deren Anteile weniger als 50 Mark betragen, von der Abgabepflicht ausgenommen.

§ 3, wonach das gesamte inländische Grund- und Betriebsvermögen abgabepflichtig ist, wird auf Antrag Blund's hinzugefügt, daß auch die nach dem Friedensvertrag zu gewährenden Entschädigungen abgabepflichtig sind.

§ 5 räumt die Abgabefreiheit. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, die Kirche sowie alle wissenschaftlichen Gesellschaften und Vereinigungen und die dem öffentlichen Verkehr dienenden Sparkassen von der Besteuerung auszunehmen.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Vorher Beratung einer Novelle zum Bankgesetz.

Die Friedensbedingungen für Ungarn.

Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge sind die wichtigsten Friedensbedingungen für Ungarn folgende: Ungarn wird aus 14 Komitaten bestehen. Es muß binnen 25 Jahren 18 Milliarden für die Wiederaufmachung an die Entente zahlen und übernimmt ein Drittel der gesamten Staatsschulden der ehemaligen Donaumonarchie. Ueber die Staatsform des Landes wird durch eine Volksabstimmung entschieden, jedoch schließt § 26 des Vertrages die Habsburger von der Herrschaft über Ungarn aus.

Reorganisation des Obersten Rates.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat hat die Reorganisation des Obersten Rates von Versailles erwogen und plant diesen mit der Aussicht der Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages zu betrauen.

Der Untersuchungsausschuß der Entente.

Die „Times“ meldet aus Paris: Der Untersuchungsausschuß über die deutschen Verbrechen im Kriege ist am Sonnabend im Militärtribunal gebildet worden. Der Ausschuß wird auf 40 Mitglieder gebracht werden und sofort nach der Ratifikation seine Tätigkeit beginnen.

Wetterlé malt einen deutschen Revanchekrieg an die Wand.

Nach der „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht der Pariser „Eclair“ eine Erklärung des hinreichend bekannten Abbé Wetterlé über die Lage der Dinge in Deutschland, so sagt er, werde niemals ein Schlag-Lothringen verdrängt. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter habe auf dem Arbeiterkongreß erklärt, daß die Gefühle der einheimischen Bevölkerung den Deutschen zwar gleichgültig seien, aber die Eisen- und Kohlengruben und die Kalium- und Petroleumquellen seien für die deutsche Industrie unentbehrlich. Wetterlé folgert daraus, daß sich Deutschland auf einen Revanchekrieg vorbereiten werde. — Damit spricht Wetterlé dem Versailles-Diktatfrieden das schärfste Urteil, das sich denken läßt. Nicht einmal die schlagkräftigste Frage ist dadurch erwidert worden.

Ein unabhängiges Syrien?

Nach der Londoner „Morningpost“ sollen in Damaskus Mitglieder des Kongresses der Syrier Unionen ausgearbeitet sein. Der Kongreß soll sich den Titel einer konstituierenden Versammlung beilegen und den Emir von Vessal zum König des Vereinigten unabhängigen Syriens ernannt haben.

tuerenden Versammlung beilegen und den Emir von Vessal zum König des Vereinigten unabhängigen Syriens ernannt haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Parlamentskrise in Preußen.

Das Zentrum scheint große Lust zu verspüren, die Regierungskoalition in Preußen zu sprengen und in Opposition zu gehen. Dienstag verlangte das Zentrum im erweiterten Unterrichtsausschuß der preussischen Landesversammlung, daß der Geistesliche dem örtlichen Schulvorstande unter allen Umständen angehören müsse. Darüber kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache, in der die Demokraten und Sozialdemokraten sich mit äußerster Schärfe gegen das Verlangen des Zentrums wandten. Das Zentrum ließ erklären, daß es von einem Entgegenkommen der übrigen Regierungsparteien in dieser Frage kein Verbleiben innerhalb der Regierungsmehrheit abhängig machen müsse. Die Regierung ließ erklären, daß durch die scharfe Haltung des Zentrums in dieser Frage eine neue Situation geschaffen worden sei, über die erst innerhalb des Staatsministeriums eine Klärung stattfinden müsse. Die Demokraten und Sozialdemokraten erklärten in ähnlicher Weise, daß sie ihre weiteren Entschlüsse von der Entscheidung der gesamten Fraktionen abhängig machen müßten. Das Zentrum will, wie das „B. T.“ hört, den begonnenen Kampf mit äußerster Konsequenz durchführen.

Nach den letzten Meldungen aus Berlin soll die Krise weit weniger auf sich haben. Selbst in den eigenen Reihen des Zentrums werde dem Vorstoß seiner Vertreter im Unterrichtsausschuß keine überragende Bedeutung beigemessen. Es sei mehr eine persönliche Unternehmung des Abg. Dr. Lauschner. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die ganze Fraktion ihm durch Dick und Dünn folgen und es auf einen Bruch ankommen lassen werde. Die bis jetzt gewährte Festigkeit der Sozialdemokraten, die ebenfalls, wie das Zentrum, Dienstag in später Stunde über die Situation berieten, und die der Demokraten, die Mittwoch zu einer entscheidenden Beschlussfassung zusammentraten, sei auf das Zentrum nicht ohne Eindruck geblieben. Man rechne damit, daß das Zentrum zwar den Druck auf die Regierung noch zu verschärfen trachten werde, aber vor einer Trennung der Koalition sehr wahrscheinlich juridschreden dürfte.

Fortsetzung der parlamentarischen Untersuchungsarbeit.

Der erste Untersuchungsausschuß der parlamentarischen Untersuchungskommission der Nationalversammlung, der sich mit der Vorgeschichte des Krieges befaßt, hat einen Fragebogen ausgestellt, der an die in Betracht kommenden Auskunftspersonen zur schriftlichen Aeußerung versandt wird. Die darin aufgestellten Fragen gehen dahin: Es ist festzustellen: 1. Welches die politische Haltung des Herrn v. Tschirschy in Wien seit dem Attentat von Sarajewo war, und in welchem Sinne die politischen und militärischen Stellen der deutschen Regierung auf ihn eingewirkt haben. 2. Welche politischen und militärischen Verhandlungen am 5. bzw. 6. Juli in Berlin oder Potsdam stattgefunden haben. 3. Welche Maßnahmen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und Staatssekretär v. Jagow ergriffen haben, um über den Fortschritt der Untersuchung in Sarajewo nach dem 5. Juli Kenntnis zu erhalten. 4. Ob vor der Ueberreichung des Ultimatus an Serbien militärische Vorbereitungen stattgefunden haben. 5. Ob vor der Ueberreichung des Ultimatus finanzielle oder wirtschaftliche Vorbereitungen stattgefunden haben. 6. Was in der Zeit zwischen dem 5. und 22. Juli über den vorläufigen Inhalt des Ultimatus der politischen Leitung des Deutschen Reiches bekannt gewesen war. 7. Wann wurde das Ultimatum des Herrn v. Tschirschy in Wien abgegeben? — Wann wurde es von ihm auf den Weg nach Berlin gebracht? — Wann ist es in Berlin im Auswärtigen Amt eingegangen? — Wann und in welcher Weise hat die deutsche Regierung gegenüber der österreichisch-ungarischen zum dem Ultimatum Stellung genommen? 8. Wann und wie ist das Ultimatum bei den Regierungen in Wien und Dresden bekanntgeworden? 9. Warum ist der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zwischen dem Attentat von Sarajewo und dem Kriegsbeginn nicht zusammengetreten? 10. An Erzeugnissen zu dieser Einberufung nicht Folge geleistet oder ihnen entgegengearbeitet worden?

Das Betriebsrätegesetz.

Im Betriebsräte-Ausschuß der Nationalversammlung wurden die §§ 3—12a erledigt. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums und der Demokraten, Arbeitnehmer, deren Beschäftigung nicht in erster Linie dem Erwerb dient, nicht unter das Gesetz fallen zu lassen. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums die Wahldauer der Betriebsräte von zwei auf ein Jahr herabgesetzt. Einstimmig beschlossen wurde ferner die Bildung besonderer Betriebsräte für die in einem Betriebe beschäftigten Hausgewerbetreibenden, wenn ihre Zahl mindestens 20 beträgt. Weiter wurde auf sozialdemokratischen Antrag hin eine Änderung der Bestimmungen über die Endzahl der Betriebsrätemitglieder getroffen und die Höchstzahl auf 30 festgelegt.

Scharfe Maßnahmen gegen den Warenausschmuggel.

Wie die amerikanische Zeitung „Amoroc“ mitteilt, unterhält die amerikanische Abteilung der internationalen Eisenbahn- und Wasserstraßen-Kommission jetzt Tag und Nacht zwischen Kamegen und Singen einen Wachtendienst auf dem Rhein. Das Gleiche tun die Belgier, Franzosen und Engländer in den von ihnen besetzten Gebieten. Kein Boot darf den Rhein ohne besondere Erlaubnis befahren. Dadurch sind Versuche, Waren aus dem besetzten Gebiet über den Rhein zu schaffen bzw. zu schmuggeln vollständig unmöglich. Die Wache in Remagen prüft die Papiere aller von auswärts kommenden Schiffe, ob sie Kohlen oder Baumwaren über den französisch besetzten Rhein hinüberfahren. Von dort aus wird dann die Behörde in Koblenz benachrichtigt, welche die Schiffe bei der Ankunft anhalten läßt.

Verhaftung v. Kessels.

Der zweite Staatsanwalt des Landgerichts 1 Berlin teilt mit, daß er bereits vorige Woche ein Ermittlungsverfahren gegen Polizeihauptmann von Kessel aus eigener Entschliebung einleitete. Er bedurfte deshalb zur Einleitung des Verfahrens keiner Anzeigung seitens Kessels. Solche ging ihm auch bis jetzt noch nicht zu. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht 1 hat antragsgemäß gegen von Kessel einen Haftbefehl wegen Reiseweils, Urkundenfälschung und Herausforderung zum Zweitauftritt erlassen. Kessel ist Mittwoch in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Wie ferner noch bekannt wurde, soll bevor der Staatsanwalt den Haftbefehl

gegen v. Kessel erteilt, auf Anordnung des preussischen Innenministers Hauptmann v. Kessel seiner Dienstgeschäfte entzogen haben. Zwischen den zuständigen Stellen sind augenblicklich Beratungen im Gange, darüber, ob es notwendig sei, auch gegen Oberst Reinhardt ein Verfahren einzuleiten. Die Beratungen werden sich voraussichtlich noch mehrere Tage hinziehen, bevor eine Entscheidung fällt.

Die kommunistische Reinigungsanstalt.

An den Kommunisten vollzieht sich jetzt die historische Vergeltung: Sie haben die Partei gespalten. Jetzt fallen sie selbst der Spaltung zum Opfer. Sie haben die Massen radikal verkehrt. Jetzt muß die Zentrale der K. P. D. über heizerischen Radikalismus des abgeplitterten Flügel's klagen und töhnen. In ihrem Thüringer Organ „Der Kommunist“ hat aber die Zentrale der K. P. D. drei volle Spalten über die Spaltung, durch die man natürlich wieder einmal „dem fiedelosen Ideal“ der Partei um einen großen Schritt näher gekommen ist. Noch drei Spaltungen und die beiden letzten und einzigen und wirklich wahren Kommunisten werden als Adam und Eva einer neuen Welt das fiedelose Ideal ganz und gar erreicht haben. Aber mehr als zwei dürfen es nach den noch vorzustehenden Spaltungen nicht sein, die so weit kommen.

Schredlich lobt die Zentrale über die Hezereien der radikaleren Opposition. Diese ist natürlich nur „scheinrevolutionär“.

Alle Schuld rächt sich auf Erden! Mit dem radikalen Phrasenküppel, den sie selbst einst gegen die etnige Partei schwang, wird jetzt die Zentrale der K. P. D. von ihrer Opposition bis aufs Blut gezüchtigt.

Aber sie tröstet sich: „Indem wir uns trennen, reinigten wir, indem wir reinigen, einigen wir.“ Also: Durch Spaltung einigen wir uns! Ein Höhepunkt der „fiedelosen Lehre!“

Psui, wie gemein!

In einer Stadt in Westfalen haben Zeitfreiwillige eine Uebung abgehalten. Darauf ist beim Reichswehrminister ein Schreiben eingegangen, unterzeichnet Ortsgruppe N. S. P. D., in dem ein sofortiges Unterbinden solcher Uebungen gefordert wird. Der Brief schließt: „Sollte bis zum 12. Dezember noch nichts hier eingetroffen sein, so zwingt uns die Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der hiesigen Sozialisten dem französischen Verbündungssoffizier in Frankfurt a. M. Mitteilung von den hiesigen Waffenverstecken und den Vorgängen zu machen.“ — Gewisse „Unabhängige“ glauben, nichts als Jagdhunde der Entente sein zu müssen, die alles herbeischleppen, bevor ihnen noch gepiffen ist.

Von den Franzosen abgeschoben.

Aus Saarbrücken wird berichtet: Die Franzosen verhafteten Dienstag früh den Landrat und Polizeidirektor v. Halken und Regierungsassessor v. Salmuth und schoben sie über das rechte Rheinufer ab. Beiden Beamten wurden nur 2 1/2 Stunden Zeit zur Ordnung ihrer persönlichen Angelegenheiten gelassen.

Kleine politische Nachrichten.

Am Sonntag finden in Groß-Berlin zahlreiche Massensammlungen der „Unabhängigen“ statt mit der Tagesordnung: „Marxismus und seine Mitschuldigen“. Soffentlich vergessen die Wortführer der „Unabhängigen“ dabei nicht, sich selbst unter den Mitschuldigen aufzuführen. Denn wer war es, der die Berliner Rutsche inszenierte?

In Zweibrücken, in St. Ingbert und in Homburg in der Pfalz fanden überaus stark besuchte Volksversammlungen statt. Ein Treugelübnis der Pfalz zum Deutschen Reich wurde in allen Versammlungen mit Begeisterung abgegeben.

Zum Schluß der ostpreussischen Grenze gegen die nachdrängenden lettischen Banden sind jetzt weitgehende militärische Maßnahmen in die Wege geleitet worden. Die preussische und die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan werden noch vor Weihnachten in Rom erwartet.

Nach der erfolgten endgültigen Rückführung der deutschen Truppen aus dem Baltikum hofft die Regierung, wie aus Berlin berichtet wird, die friedlichen Beziehungen zu Lettland, Estland und Litauen wieder herstellen zu können.

Die spanische und die bulgarische Regierung haben die formelle Anerkennung der Republik Oesterreich dem Staatskanzler Renner durch ihre diplomatischen Vertreter ausprechen lassen.

Nach Meldungen aus Budapest beginnt die internationalisierte Donau-Kommission heute, am 11. Dezember, ihre Tätigkeit.

Wie die Pariser Ausgabe des „Neuport Herald“ meldet, soll die Annahme der Fiume verlassen wollen, weil Wentezen seiner Truppen zu befürchten seien.

Der Bürgermeister von Brüssel verbot auch für kommenden Jahr den Karneval.

Zwischen Belgien und England wurde ein Abkommen über das neu erworbene belgische Gebiet in Afrika geschlossen. Eine belgische Basis werde in Rigoman und Dar-es-Salam geschaffen, an den beiden Endpunkten der von Deutschland angelegten Eisenbahnen.

Nachrichten zufolge, die in Warschau eingetroffen sind, hat die gesamte Regierung Kollischak in Irkutsk demissioniert.

Die perische Regierung hat ihren Beitritt zum Bälterbund erklärt.

Nach dem englischen Seeresetat wird bis zum 1. März durch Demobilisierung ein Rückgang der Seeresstärke auf 400000 Mann erwartet.

Tschedien.

Die Regierungskrise.

Das Tschedo-Slowakische Pressebureau meldet: Der Präsident der Republik nahm die Demission der der sozialistischen Partei angehörenden Minister nicht zur Kenntnis, da ihre Demission nicht begründet sei. Die Regierung wird, um zu einem vorläufigen Einvernehmen zwischen den beiden Arbeiterparteien zu gelangen, eine Verordnung zum Schutze des freien Koalitionsrechtes erlassen.

Belgien.

Grenzsperre nach Osten.

Nach Meldungen Brüsseler Zeitungen sind die Grenzen gegen Holland und Deutschland gesperrt worden. Die Ursache wird nicht angegeben.

Holland.

Ein Abgeordneter fordert die Ausweisung Wilhelm I. Wie das Haager „Korrespondenzbureau“ meldet, erklärte am 9. Dezember in der niederländischen zweiten Kammer der Abg. Sannes, die Veröffentlichungen Kautskys hätten erwiesen, daß der vormalige Kaiser der Anführer des Weltkrieges sei. Daher bilde er eine Gefahr für die Niederlande. Die Frage der Auslieferung müsse ernstlich ins Auge gefaßt werden. Sannes forderte die Regierung auf, andere Maßnahmen für den Aufenthalt des vormaligen Kaisers zu erwägen.

England.

Scharfe Einschränkung des Brennstoffverbrauchs.

Der Brennstoffkontrollier erließ eine Verfügung, die im ganzen Lande strenge Einschränkungen vorschreibt. Alle industriellen Unternehmungen, mit Ausnahme der lebenswichtigen, dürfen nur noch drei Tage in der Woche arbeiten.

Indien.

Ueberfall eines Eisenbahnzuges durch Wagnis. 500 Wagnis griffen einen Eisenbahnzug in der Nähe von Thal an der Nordwestgrenze Indiens an. 38 Reisende wurden getötet, 5 verwundet.

Vereinigte Staaten.

Der Senat gegen Wilsons Geheimdiplomatie. Aus Washington wird gemeldet: Der Senat hat durch die Annahme des Antrages des Senators Borah den Präsidenten Wilson aufgefordert, den Schriftwechsel mit Großbritannien über ein englisch-belgisches Abkommen dem Senate vorzulegen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 11. Dezember.

Abtug, Bürgergeschäftsaktion. Morgen, Freitag abend 7 1/2 Uhr Fraktionsung im Rathaus.

Alltagsbild.

Er kam des Abends müd nach Haus. Sie sahen stumm am kalten Herd. Die Kinder schliefen traumbehaftet. Die kleine Lampe goh ihr Licht. Der Frau ins Sorgenangesticht. Und draußen sang des Sturmes Gebraus.

Sie sahen still, sie sahen stumm. Sie zählten jeden Bissen Brot. Und zwischen ihnen sah die Not. Sie fühlten sie und sah sie nicht. Ihr Leben ging in Ironie und Pflicht. Und beugte früh den Nacken krumm.

Und hatten einst gehacht sich gern. Und wollten frohe Zukunft bauen! Doch all ihr Hoffen frah das Graun. Sie luden nicht die Not zu Gast. Und dennoch kam sie... und erblüht. War rasch der Hoffnung blander Stern!

Schwurgericht.

Am Dienstag hatte sich der 19jährige Arbeiter Hacker aus Lübeck wegen Raub zu verantworten. Der Angeklagte bestatigt am 28. Dezember v. J. mit einem Unbekannten, wahrscheinlich einem Seemann, die Wirtshauswirtin mit der vorher vereinbarten Abgabe, Geld zu stehlen. Sie forderten sich ein Glas Bier und zahlten mit einem Goldschein. Als Herr Kieselwetter an die Kasse ging, um zu wechseln, sprang der Unbekannte ihr an die Kehle, während der Angeklagte in die Kasse griff, 75 Mk. Stahl und damit ausrückte. Das Geld haben sich beide nachher geteilt. Hacker ist mit 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis vorbestraft. Gegenwärtig verbüßt er eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren, die er wegen Diebstahls im Februar v. J. erhielt. Sein Vater hat ihm die Tür geöffnet, weil er auch diesem Geld gestohlen hatte. Zur Zeit der Tat war der Angeklagte ohne Beschäftigung; vorher war er als Soldat eingezogen gewesen.

Der Staatsanwalt ersuchte die Geschworenen, die Frage des Raubes zu bejahen, während der Verteidiger Dr. Wittke behauptete, daß der Angeklagte hauptsächlich die Tat unter dem Einfluß des Marineoffiziers verübt hätte. Er geht dann auf die allgemeinen Zustände ein. Die Jugend, so meinte er, sei seit Jahresfrist besonders verdohten. Das deutsche Volk hände auf abschüssiger Bahn; Diebstahl und Räubereien nähmen überhand. Wenn das so weiter gehe, müsse der Gesetzgeber sich überlegen, ob Raub und Diebstahl vielleicht mit dem Tode zu bestrafen seien. Diese Erwägung sei aber nicht Sache der Richter, sondern der Gesetzgeber. Wenn man nun auch auf dem Standpunkt stehen könne, daß um diesen Verbrechen entgegenzuwirken, harte Strafen am Platze seien, so dürfe aber der einzelne unter dieser Auflage nicht leiden. Der Richter hat nach den bestehenden Gesetzen gerecht zu urteilen. Er habe sei es, daß für die jugendlichen Verbrecher die körperliche Bücktigung nicht mehr angemacht werden könne.

Die Geschworenen verneinten die Frage auf Raub, bejahten aber die Frage auf Diebstahl. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis und so die Strafe mit der bestehenden auf Jahre 2 Monate zusammen. Das Gericht ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus. Es erkannte auf 6 Monate und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis.

Regen A. in des mordes hatte sich das bisher unbestrafte Dienstmädchen Schramm aus Sagau bei Cutin zu verantworten. Der Angeklagten, die seit ihrem 14. Lebensjahre als Dienstmädchen tätig ist, wird im allgemeinen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Ein uneheliches Kind hat sie vor etwa 3 Jahren schon geboren, das bei ihrer Mutter, die im Armenhause in Cutin ist, unterkunft gefunden hat. Am 21. November v. J. schenkte die Angeklagte in der Entbindungsanstalt in Kiel, wohin sie sich begeben hatte, einem zweiten Kinde das Leben. Nach acht Tagen wurde dort mit ihrem Kinde entlassen. Vorher hatte sie bei ihrer Mutter in Cutin brieflich angefragt, ob sie ihr Kind bei ihr unterbringen könnte. Die Antwort der Mutter erreichte sie in Kiel nicht mehr. Das Mädchen legte sich auf die Bahn und fuhr mit dem Kinde nach Cutin. Dort traf sie abends spät ein. Da das Armenhaus schon geschlossen war, übernachtete sie in Cutin bei einer Bekannten Frau. Diese gab der bedürftigen, mehrfach weinenden Angeklagten den Rat, das Kind, welches erkrankt war, vorläufig ins Krankenhaus zu bringen; worauf die Sch. aber nicht einging. Am andern Tage, als sie mit dem Kinde auf dem Wege ihrer Mutter war, begegnete die Angeklagte ihrer Schwester, die rief, daß die Mutter wegen Diebstahls im Gefängnis sitze. Als ging das Mädchen umher und kam in einen Wald. Dort legte sie ihr Kind und übernachtete auch daselbst, wo ihr der Gedanke kam, das Kind umzubringen. Für die Ausführung der Tat und sie aber nicht den Mut. Erst am andern Morgen, als die Sonne schon aufgegangen war, löste sie die Schnur von dem mitgeführten Karton, machte davon eine Schlinge und legte sie dem Kinde in ihrer Bedrängnis um den Hals. Das kleine Wesen fand erdlich alsbald den Tod. Das Mädchen verpackte dann die Leiche unter Laub, ging direkt zu ihrer früheren Dienststelle und um ihre Arbeit wieder auf. Dort erzählte sie, das Kind sei in ihrer Mutter. Als später die Entbindungsanstalt beim Bezirksgericht die Geburt anzeigte, wurde die Tat entdeckt. Die Angeklagte, die während der Verhandlung viel weint, ist derzeit gefänglich.

Der Staatsanwalt schloß die Sache in dunklen Farben, während der Verteidiger die zugunsten der Angeklagten sprechenden Momente besonders hervorhebt. Die Geschworenen bejahen die Frage der Tötung, verneinen aber die Frage des Mordes. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre Gefängnis, worauf das Gericht erkannte. 5 Monate gehen durch die Gefängnisstrafe als verbüßt.

Achtung! Vorsicht beim Abschluß von Lebensversicherungen.

In letzter Zeit wird vielfach Klage von den in der Volksfürsorge Versicherten darüber geführt, daß sich Agenten von den privaten Versicherungsgesellschaften in den Familien dadurch einzuführen suchen, daß sie erklären, im Auftrage der Volksfürsorge oder auch der Volksversicherung zu kommen. Wer sich vor Schäden bewahren will, achte genau auf die Aufnahmescheine sowie Prospekte. Sämtliche Drucksachen, die die Vertrauensleute der Volksfürsorge führen, tragen die volle Firma „Volksfürsorge“ gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungs-gesellschaft, Hamburg. Darum Augen auf! Jede gewünschte Auskunft wird bereitwillig erteilt im Bureau Johannisstraße 48, part. Es ist geöffnet Freitags und Sonnabends, abends von 6 bis 8 Uhr.

Ausschluß für Weibchen bei Errichtung von Spillaborten. Der Senat hat den Kassierer Asmus Bed, den Architekten und Malermeister Karl Götze und den Maurer Erik Steen zu Mitgliedern des auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen zur allgemeinen Einführung von Spillaborten vom 12. November 1919 zu bildenden Ausschusses zur Entscheidung über die Anträge auf Gewährung der Beihilfen gewählt.

Die Annahme von Privatpaketen jeder Art, ausgenommen solche mit barem Gelde, nach Berlin Ort, ist vom 10. bis 12. Dezember gesperrt. Ferner ist die Annahme von privaten Nachnahmepaketen jeder Art nach dem ganzen Ober-Postdirektionsbezirk Berlin vom 13. bis 26. Dezember gesperrt.

Postpakete nach Finnland. Wie die Handelskammer mitteilt, werden von jetzt an Postpakete ohne Wertangabe und ohne Nachnahme nach Finnland wieder zur Beförderung auf dem direkten Seeweg über Lübeck angenommen. Die Gebühr beträgt 2,50 Mk. für das Paket. Die Dampfer fahren jeden Sonnabend nachmittag von Lübeck ab.

Die Gründung eines Lübecker Handwerkerbundes soll demnächst vorgenommen werden. Zweck des Bundes soll die Wahrnehmung der gemeinsamen gewerblichen Interessen des selbständigen Handwerks und Gewerbes im lübeckischen Staatsgebiet und der dort bestehenden Körperschaften desselben sein. Der Bund soll zu allen Fragen des Handwerks und Gewerbes Stellung nehmen und diese gegenüber den Behörden, Parlamenten und der Öffentlichkeit vertreten und ein Schutz- und Truhbündnis sein gegen alle dem Berufsstand des Handwerks und Gewerbes drohenden Gefahren. Einzelne Namen der vorbereitenden Ausschussmitglieder geben Gewähr dafür, daß ein ganz nettes reaktionäres Gebilde entstehen wird.

Verhängnisvolle Fliegerlandung. Mittwoch mittag gegen 2 Uhr ereignete sich auf dem Flugplatz in Blankensee ein schweres Unglück. Beim Landen eines Flugzeuges der Artillerie-Fliegerstaffel 115 wurde dieses aus der Richtung gerissen und raste in eine Gruppe Militärpersonen hinein. Zwei Mann wurden getötet, ein dritter und der Flieger verletzt.

3. Volkskonzert. Wie auch in der heutigen Anzeige bekannt gegeben wird, findet das 3. Volkskonzert nicht, wie auf den Eintrittskarten steht, am heutigen Tage, sondern erst morgen abend, Freitag, im Gewerkschaftshause statt. Das Konzert, in dem das Bandler-Streichquartett aus Hamburg 3 Trios von Haydn, Mozart und Beethoven spielt, beginnt ausnahmsweise bereits Uhr 7. Karten a 1 Mark sind auch abends an der Kasse erhältlich.

Wem gehört die Uhr? Bei einem hier wegen Diebstahls festgenommenen Händler wurde eine silberne Zylinder-Uhrenuhr mit Goldrand und der Nummer 32 F 121.993 vorgefunden, von der zu erwarten steht, daß sie von einem Diebstahl herührt. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich in dem Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Unter den Weihnachtsbaum. Von einem Koffelwert ist gestern eine Riste Marzipan im Gewichte von 14 1/2 kg abhanden und vermutlich gestohlen worden. Die Riste war gezeichnet M. u. S. 51 666.

Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist einer in Rehna wohnhaften Gekrau eine Handtasche mit etwa 700 Mk., als sie sich im Gedränge auf dem hiesigen Personenbahnhof befand.

Festgenommen wurde ein polnisches Dienstmädchen, welches einem Nebenmädchen eine Uhr und ein Portemonnaie mit einer Geldsumme gestohlen hatte. Wegen Einbruchdiebstahls festgenommen wurde ein Klempnergehilfe aus Sülten, der seinem früheren Arbeitgeber Bleirohre und div. Werkzeuge von namhaftem Wert gestohlen hatte.

Angrenzende Gebiete.

Stedelsdorf. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 9. Dezember fand nach Aufnahme mehrerer Mitglieder eine Aussprache über die Organisationsarbeit statt. Im Anschluß hieran wurde auch die Abminderungsfrage des „Lübecker Volksboten“ erörtert. Von allen Rednern wurde betont, daß die Arbeiter in erster Linie verpflichtet sind, die Presse zu lesen, die ihre Interessen vertritt. Wer es sich leisten könne, soll ein zweites Blatt lesen, aber vor allem gehört die Arbeiterpresse in jedes Haus der arbeitenden Bevölkerung. Dahin müsse man unbedingt streben. Genosse Glos gab den Bericht vom Gemeinderat. Beschlossen wurde ferner, für die Frauen, deren Männer sich noch in Gefangenschaft befinden, eine freiwillige Sammlung zu veranstalten, um ihnen zu Weihnachten eine Unterstützung zukommen zu lassen.

w. Müll. Zu Dienstag abend hatten die Deutschnationalen eine öffentliche Versammlung nach dem Kolosseum einberufen, in der ein Marineoffizier Redner über die Ziele der Deutschnationalen sprach. Der Referent hatte sich die Erledigung seiner Aufgabe ziemlich leicht gemacht. Die Volksbegeisterung am 4. 8. 14, der schwarze 9. 11. 18, der Schandwaffenstillstand, der Schandfrieden, das tapfere Offizierkorps, die Erhöhung der Front durch die Heimat, noch 4 Wochen länger Krieg usw. usw. und an allem die Hauptschuld, die Sozialdemokratie. Auch die Juden und Erzberger bekamen unter dem Beifall der Versammlung einige Seitenhiebe, um zum Schluß der Wiedererrichtung der Monarchie das Wort zu reden. Gen. Wagner trat dem Referenten entgegen, und als er die Schuld am Zusammenbruch nicht der Erhöhung durch die Heimat, sondern dem System des Militarismus, dem Clappern und Hauptquartiersbandal, der Herabwürdigung der Menschen zur Maschine, Kadavergehörsam und Soldatenmishandlungen usw. usw. ersand ein für eine Versammlung des honesten Bürgertums unverständlicher Lärm, man solle und läre. Als der Lärm sich legte und Gen. Wagner das Kapitel der Soldatenmishandlungen weiter ausrollen wollte, wurde man still und schloste das Bittere seiner weiteren Ausführungen. Als er am Schluß erklärte, daß sich das deutsche Volk und insbesondere die Arbeiterklasse die Errungenschaften der Revolution nicht würde nehmen lassen, die Neuerichtung der Monarchie Deutschlands in einen Trümmerhaufen verwandeln würde und in Anbetracht der Absichten der Deutschnationalen die Arbeiterklasse zur Einigung aufforderte, erntete er starken Beifall. Hoffen wir, daß auch unsere früheren Parteigenossen zu der Einsicht kommen, daß an der Zersplitterung der Arbeiterklasse nur die Reaktionen ihre Suppe kochen.

Hamburg. Zum Senator wurde von der Bürgerschaft Oberlandesgerichtsrat Dr. Arnold Kahlke, Vorsitzender der Fraktion der Deutschen Demokraten, gewählt. In der Bürgerschaft fand eine erregte Erörterung über das Reichsnotopfer statt. Wittkoek stellte einen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommenden Antrag, nach dem der Senat ersucht werden soll, nachträglich durch seinen Vertreter im Reichsrat oder in der Nationalversammlung dahin vorzustellen zu werden, daß das Reichsnotopfer in der gegenwärtigen Fassung nicht angenommen wird.

Hrensburg. Eine vierköpfige Räuberbande, die mit Fußwerk und Fahrrädern, sowie Mauer- und Parabellumpistolen, Hand- und Feuergranaten, sowie Striden und Nebeln ausgerüstet war, unternahm Donnerstag von Hamburg aus einen Raubzug, der einer Villa eines Hamburger Kaufmanns hier galt. Die Räuber drangen in die Villa ein und überfielen im Keller das Dienstmädchen. Während zwei von ihnen bei der Gefekelken verblieben, hegab sich der dritte in die oberen Räume der Villa, wo er sich plötzlich einer Kaffeegesellschaft von fünf Damen gegenüberberah. Durch den Lärm der überfallenen Damen kamen sich die Räuber zum fluchtartigen Rückzug gezwungen, der auf dem Fußwerk schleunigst angeordnet wurde. Als die Räuber auf der Lönndorfer Chaussee in der Nähe von Sichtsall angejagt kamen, sahen sie sich plötzlich Beamten des Hamburger Fahndunastommandos, die zu ihrer Verstärkung Sicherkeitsgruppen aus Wandsbek hinzugezogen hatten, gegenüber. Die im Wagen Sitzenden wurden rasch überwältigt und unschädlich gemacht. Der dritte auf dem Bod fußende sprang mit einem gewaltigen Satz in das nahe Fußwerk. Durch die Handabdrücke wurde festgestellt, daß man einen guten Fang gemacht hatte. In einem der Täter, die sich Schammeister Wih. Kememann, 1890 in Zürich geboren, und Lagerarbeiter Wilhelm Höpner aus Hensburg nannten, wurde der berühmte Einbrecher Wih. Kroll, der aus dem Zuchthaus in Celle ausgebrochen ist, wo er noch 1067 Tage Zuchthaus zu verbüßen hat, erkannt. Man hat begründete Ursache, anzunehmen, die gemeinlich gefährliche Räuberbande unschädlich gemacht zu haben, die seit dem vergangenen Sommer Hamburg und die Ostseeküste heimlich hat.

Hamburg. Eine außerordentliche Generalversammlung der „Produktion“ beschäftigte sich mit einer Änderung des Statuts hinsichtlich der Erhöhung des Geschäftsanteils. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, den jetzt 30 Mark betragenden Geschäftsanteil auf 100 Mark festzusetzen und ferner beim Eintritt in die Genossenschaft eine erste Anzahlung auf diesen Anteil in Höhe von 5 Mark zu verlangen. Der Referent Wendel begründete die Notwendigkeit der Kapitalserhöhung damit, daß jetzt bedeutend größere Mittel als bisher dauernd im Warenbestand festgelegt werden müssen. Der Antrag, der im Gründungs-jahr 103 000 Mark betrug, ist auf über 100 Millionen Mark in diesem Jahre gestiegen, und wenn das solche Fundament des Unternehmens gewahrt werden soll, muß das eigene Kapital immer in einem bestimmten Verhältnis zu dem in Waren und Einrichtungen investierten Kapital stehen. Die Statutenänderung wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Bremen. Gegen den Bucher und das Schieberwesen nahm das Ortskartell Bremen des Deutschen Beamtenbundes in einer großen Versammlung Stellung. Zugegen waren auch Vertreter der Behörden und der Angestellten- und Arbeiterverbände. Postsekretär Scharringhausen forderte für diesen Kampfen den Zusammenschluß aller, ferner die Aufhebung des Amtsheimnisses über Briefe, Pakete, Telegraph und Fernsprecher, dem Volksempfinden entsprechende Wuchergerichte. Der Abwehrkampf müsse zu einer Volkshebung werden. Andere Redner forderten unvermutete Revisionen der Ladungen bei der Eisenbahn durch Kommissionen, die mit politischen Befugnissen ausgestattet sind usw. Als Vertreter der Arbeiterschaft sprachen Fischer und Kalkmann, die zum Teil recht bittere Wahrheiten der Beamenschaft zuriefen, die oft kümmerlichen Widerstand fanden. Besonders letzterer wandte sich sehr scharf gegen Regierung, Pfaffen und Großkaufmannschaft. Beide betonten aber den Willen und die Notwendigkeit des gemeinsamen Zusammengehens. Eine Resolution forderte rücksichtslos mit aller Schärfe und allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen das Schieberium, den Bucher und den gewerkschaftlichen Schleihhandel vorzugehen, um die deutsche Volkswirtschaft von diesem ihren Todfeind zu befreien, auch will die Beamenschaft alles daransetzen, die eigenen Reihen von allen Elementen zu säubern, die jenem verbrecherischen Treiben Vorschub leisten.

Neueste Nachrichten.

Der deutsch-tschechische Wirtschaftsvertrag.

II. Prag, 11. Dezember. Der neue Kohlenvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, der am 28. November in Berlin unterfertigt ist, wurde auf sechs Monate abgeschlossen und läuft vom 1. Dezember 1919 bis zum 31. Mai 1920. Demzufolge hat die Tschechoslowakei 260 000 Tonnen Braunkohle monatlich an Deutschland zu liefern, wofür dieses 105 000 Tonnen oberflächliche Kohle abzugeben hat. Außer dieser Menge hat die Tschechoslowakei noch monatlich 4000 Tonnen Braunkohlen und Deutschland 3000 Tonnen oberflächliche Kohle in die Grenzgebiete zu liefern. Die Deutschen verpflichten sich, ihre eigenen Waggons nicht nur für die Einfuhr der tschechischen Kohle bereitzustellen, sondern auch die zu liefernden Kohlen in ihren Waggons bis in die Bestimmungsorte zu bringen. Nur 15 000 Tonnen des monatlichen Kontingents werden in tschechisch-slowakischen Wagen abgeholt, so daß Deutschland 90 000 Tonnen monatlich in seinen eigenen Waggons zu befördern haben wird.

Eine deutsche Sachkommission reist nach Paris.

II. Frankfurt a. M., 11. Dezember. Gleichzeitig mit der Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Entente note wird eine deutsche Sachkommission nach Paris reisen, um auf Grund von amtlichen Feststellungen der Entente den Beweis zu erbringen, daß die Ablieferung der geforderten 400 000 Tonnen schwimmender Dods, Bagger, Kräne und Schlepper die völlige Verzögerung der deutschen Schiffahrt nach sich ziehen würde.

Die skandinavischen Linkssozialisten für Moskau.

II. Stockholm, 11. Dezember. Der internationalistische Kongress der Linkssozialisten sprach sich für den Anschluß an die 3. (Moskauer) Internationale aus.

Eine Blockade neuer Art.

II. Paris, 11. Dezember. Bienenme-Contantier richtet im „Populaire“ einen Aufruf an die deutschen Kriegsgelangenenen in Frankreich und sagt darin, daß das, was Frankreich ihnen jetzt antue, eine Blockade neuer Art sei, aber noch schlimmer wie jede andere.

Der neue englische Marinehaushaltsplan.

II. London, 11. Dezember. Der neue englische Marinehaushaltsplan 1919/20 ist jetzt veröffentlicht worden. Seine Zahlen bedeuten gegenüber dem Haushaltsplan 1918/19 nicht nur keine Ermäßigung, sondern eine Erhöhung der Ausgaben. Aus der beigefügten Denkschrift geht hervor, daß während des Krieges 65 000 englische Minen in den Gewässern des Vereinigten Königreichs gelegt worden sind, sowie 3000 Minen im Mittelmeer. Die Deutschen legten in der Nähe der englischen Küsten 11 600 Minen.

Rumänien hat unterzeichnet.

II. Bern, 11. Dezember. Aus Paris wird gemeldet: General Coandă, der Vorsitzende der rumänischen Abordnung, hat Mittwoch nachmittag um 5,30 Uhr die verschiedenen internationalen Verträge unterzeichnet.

Der englische Gewerkschaftskongress für den Frieden mit Sowjet-Rußland.

II. London, 11. Dezember. Wie die Kommission des Gewerkschaftskongresses, die von Lloyd George empfangen wurde, berichtete, hat ihr der Premierminister versichert, daß den russischen Gegenrevolutionen keine weitere Unterstützung gewährt werden soll. Die Dienstpflicht könne nicht herabgesetzt werden. Der Kongress nahm eine Resolution an, in der der Friede mit Sowjet-Rußland gefordert wird. An die Sowjet-Regierung wurde ein entsprechendes Telegramm geschickt.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.

Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Das vornehme Geschenk

Erzeugnisse ♦ ♦
deutscher und
böhmischer ♦ ♦
Kristall-Hütten.

Kristall-Waren

Besuchen Sie ♦ ♦
bitte unsere ♦ ♦
Spezial-Kristall-
Abt. 3. Stock.

Kudolph Karstadt

Lübeck.

Im Puz-Salon 1. Stock

in hochkünstlerischer
Anordnung die her-
vorragend schöne
♦ Ausstellung ♦
Kunstgewerblicher
♦ Gegenstände ♦

Kudolph Karstadt

Lübeck.

Anslands-Renten.

Sämtliche ausländische Werte wie:

Argentinier, Mexikaner, Chilenen, Brasilianer,
Griechen, Rumänen, Portugiesen, Finnländer u. dergl.
sind handelsfrei und zu außergewöhnlich
hohem Kurse unterzubringen. Wir bitten die
Besitzer bei uns Gebote einzuholen und sich
wegen eines Verkaufs sowie geplanter Neu-
belegung der frei werdenden Gelder mit uns
in Verbindung zu setzen.

Einlösung aller bis 1. Januar 1920
fällig werdenden Kupons.

Louis Wolf Komm.-Ges.,
Lübeck. 11293

Filmoperette

Wenn Männer streiken!

Wenn Männer streiken,
Die läßen Lippen ruhn.
Wenn Männer streiken,
Haben Frauenherzen nichts zu tun.
Wenn Männer streiken,
Ist der Wellenkraut.
Wenn Männer streiken,
Hört die Liebe auf!

11805

Wo?

3. Volkskonzert

am Freitag, dem 12. Dezbr.
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Mitwirkend: Das Bandier-Streichquartett.
Eintrittskarten à 1 Mk. auch abends an der Kasse. (11824)

Bund der Zustandskranken :: Ortsgruppe Lübeck
(Vereinigung ehemaliger Zuchtgefangener Großhannovers etc.)

Versammlung

Freitag, den 12. Dezember, abends 7 1/2 Uhr
im „Lübbacher Bierhaus“, Fleischanerstraße 16 L.
Bericht der Hamburger Zentrale, Vorentscheidung
Aufnahme neuer Mitglieder.
11290) K. Meusel, Vorsitzender, Sophienstr. 4 a.

Allgem. Ortsrentenrat in Lübeck.

Ordentliche Ausschusssitzung
der Vertreter

Samstag, den 20. Dezbr. 1919, abends 7 1/2 Uhr
pünktlich, in Knorrs Restaurant, Altingenberg 2.

Tagesordnung:

1. Satzungsänderung (Erhöhung der Kassenbeiträge).
 2. Festlegung des Voranschlags für das Verwaltungsjahr 1920.
 3. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des Jahres 1919 und des Voranschlags für das Jahr 1921.
 4. Sonstige Kassenangelegenheiten.
- Die Unterlagen für den Voranschlag können im Geschäftsbüro der Kasse eingesehen werden.
Bei Behinderung des Ausschussmitgliedes wird der Vertreter beigezogen, wenn dies spätestens 3 Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt wird.
Die Ersatzmitglieder der Ausschussmitglieder können der Versammlung als Zuhörer beizumohnen.
Lübeck, den 4. Dezember 1919. (11292)
Der Vorsitzende des Vorstandes,
Joh. Körner.

Fiedermans

Direktion: H. Todt.

Fünfhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!

Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm
Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti,
Kammersänger.

Fränzl Sylva,
Opernsängerin.

Hans Lätzow,
Balletmeister u. Solo-
tänzer v. d. Staatsoper
Berlin.

Gehr. Pentsch,
Excentric-Tänzer.

Ball und Orchester: Kapellmeister Hans Elvers.

Täglich nachmittags 4-Uhr-Tee:
Auftreten sämtlicher Künstler.
Echte Biere. Echte Weine. Kaltes Buffet.

Stadthallen-Echtspiele Lübeck

Mühlentorbrücke 13
das modernste und größte Lichtspiel-Theater
am Plage.
Heute letzter Tag:

Rum 30. Todestage des beliebten Schriftstellers
Ludwig Anzengruber bringen wir in unserem
Progr. die Verfilmung eines seiner besten Werke.
„Der ledige Hof“ in 5 Akten.
Glänzende Aufmachung! Vorzügliches Spiel!
Spannende Handlung!

Außer:
dem: „Zwischen Tod und Leben“
Schauspiel mit 1 Vorpiel und 5 Akten, in der
Hauptrolle Alexander Moissi und der beliebte
Lübecker Schauspieler Stahl-Nachbauer.

„Abgeblitzt“ Schwanke (11816)
Auf unser Orchester wird besonders hingewiesen.

Zentral-Theater

Moderne Lustspiele
25 Johannisstrasse 25
Programm vom 9. bis 11. Dezember 1919.
Gebrauch für Lübeck!

Das Dreimäderlhaus

Schuberts Liebesroman, für den Film bearbeitet von
Richard Oswald.
In den Hauptrollen: Sybille Binder, Anita Berber,
Gonrad Felto, Bruno Eichgrün,
Egede Nissen-Film.
Die Rachegöttin
Drama in 4 Akten.
Wenn man neugierig ist
Luftspiel. (11817)

Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter.

Zahlstelle Lübeck.
Mitglieder-
Versammlung

am Samstag, 13. Dez.
abends 7 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom Stif-
tungsfest.
 2. Kartellbericht.
 3. Vortrag des Arbeiterfest-
Gen. Gogowsky.
 4. Bericht der Lohnkom-
mission.
- Um vollständiges u. recht
pünktliches Erscheinen in
dieser Versammlung ersucht
11835) Der Vorstand.

Hansa-Theater

Donnerstag 7 Uhr:
Die
Czardasfürstin
Operette von Kalman.
11802) Freitag:
Die Faschingssee.
Sonnabend:
Die Czardasfürstin.

Stadtheater Lübeck

(11819)
Donnerstag, den 11. Dezbr.:
Schauspielgemeinde.
Rote Karten.
Der Diamant.
Komödie in 5 Akten von
Friedrich Hebbel.
Zu dieser Vorstellung sind
noch Eintrittskarten an der
Theaterkasse zu haben.
Freitag, den 12. Dezember:
12. Vorstellung im Freitag-
Abonnement.
Neu einstudiert!

Der Troubadour.

Sonnabend, 13. Dezember:
Der Vogelhändler
Sonntag, den 14. Dezbr.:
Anfang 11 Uhr.
Außer Abonnement.
Morgenfeier.

Das Herzwunder.

Anfang 2 Uhr.
5. Fremdenvorstellung.
Der Diamant.
Anfang 7 Uhr.
Kain.
Feuersnot.

Für den Weihnachtstisch!

Eine moderne Klemmerfassung mit Punkal-Gläsern
Eine elegante Springlorgnette aus Metall oder Schildpatt
Ein gutes Theaterglas mit bester Optik
Ein Feldstecher für Kasse oder Jagd
Ein Barometer mit Präzisionswerk 11285
Eine Taschenlampe für die dunklen Nächte

Reichhaltigste Auswahl in allen Preislagen bei

Optiker Dettmann,

Königsstraße 84/85. Wahnstr. 20.

Walsenhof

Freitag 11291
und Sonntag:
Tanz.

Neu-Lauerhof

Morgens Freitag: 11281
Großes Tanzkränzchen.
Großes Orchester. Harmoniaklub.

Zentralverband der Zimmerer.

Zahlstelle Lübeck.
Einladung zum
Weihnachts-
Kommers
verbunden mit
Tannenbaumfeier
für Kinder
am Sonnabend, 13. Dez.,
im Lokale
Weißer Engel, Rah.-be.
Anfang 5 Uhr.
Eintrittskarten legitimieren.
11823) es Sonnt.

Kücknitz.

W. Beckmanns Gasthof
Freitag, 12. Dez. (11826)
Sonnabend.

Für unsere Frauen.

Gedanken vor Weihnachten.

Wie anders hatten wir uns das erste Friedens-Weihnachtsfest gedacht! Als es durch die fünf schrecklichen Kriegsjahre immer weiter bergab ging, als ein Weihnachtsfest nach dem anderen die Trennung von den Lieben schmerzlicher machte, als die Gaben, die man wenigstens den Kindern geben wollte, immer larger und ärmer wurden, als der Baum mit dem einen Licht die Weihnacht spärlich erhellte — da klammerte sich die Hoffnung an eine Zukunft, die mit dem Frieden auch eine Wiederkehr des äußeren Lebensbeglückens bringen sollte.

Der Frieden ist gekommen, aber alle Hoffnungen sind unerfüllt. Noch immer harren Frauen auf ihren Mann, Kinder auf den Vater, der aus der Gefangenschaft heimkehren soll. Und die Zeit, in der jeder von der Gebefreudigkeit erfüllt war, in der man, ohne allzu sehr zu rechnen, sich von dem Gedanken an den nahenden Festtag ganz erfüllen ließ, wird so nie wiederkehren. Wohl sind die Schaufenster wieder gefüllt — aber wir wissen es nun erst, daß wir bitter arm geworden sind. Auch der höhere Lohn, das gestiegene Gehalt kann uns nicht darüber täuschen. Das ganze Volk ist zu größter Sparsamkeit verurteilt. Es heißt zurück zu der Einfachheit unserer Großväter. Es heißt, den Bedarf auf das Unentbehrlichste einschränken. Es heißt, auch in der Liebe für unsere Kinder Weisheit walten zu lassen und sie beherzt in die veränderten Verhältnisse hineinzustellen. Es heißt, zu begreifen, wie vieles von dem, was vor dem Krieg auch zu den Lebensgewohnheiten des Mittelstandes gehörte, Heberkuf war.

Das sind die Gedanken, die das kommende Weihnachtsfest uns nahe bringt. Aber je schlichter, je beschränkter in materiellen Mitteln, um so durchdachter und überlegter müssen die Gaben werden. Wir müssen unseren Kindern Dinge geben, die nicht nur für den Augenblick Freude machen, sondern mit denen sie zusammen wachsen, die ihnen jahrelang wertvoll sein werden. Wir müssen ihnen vor allen Dingen Spielzeug in die Hand geben, das ihre eigenen Kräfte wachruft, mit dem sie basteln können, an dem sie Schaffensfreude erleben.

Aber auch die politischen Erfahrungen werfen auf das Leben der Kinder einen Widerschein. Menschen, die zu friedlicher, aufbauender Arbeit erogen werden müssen, sollten schon als Kinder spielend in diese Aufgaben hineinwachsen. Man sollte ihnen kein Spielzeug schenken, das ihre Gedankenrichtung in Gegensatz zu den Aufgaben bringt, die ihrer harren. Man sollte nicht durch das Spiel Ideale in den Kindern wachrufen, die im Leben des deutschen Volkes nicht mehr Ideale sein können. Mütter, die sich über die Möglichkeiten klar sind, die wissen, daß der Aufbau auf friedlichem Wege vor sich gehen muß, daß eine Verringerung der vernichtenden Friedensbedingungen nur durch die bessere Einigkeit der übrigen Welt, nur durch ein wachsendes Verständnis für die Notwendigkeit der Solidarität aller Völker zu erwarten ist, sollten in die Gedankenwelt ihrer Kinder nichts einpflanzen, was kriegerische Instinkte in ihnen entwickeln muß. Sie sollten ihren Kindern keine Soldaten schenken und auch keine Helme und Schwerter, keine Uniformstücke. Wer seine Kinder im Spiel an Kampfesfreude, Kriegsbegeisterung gewöhnt, wer ihren Geist nur mit Büchern nährt, die den Krieg verherrlichen, züchtet sie wohl zum Soldaten, nicht aber für die Kulturbedürfnisse unserer Zeit aus.

Die heutige Jugend übernimmt aus der großen staatlichen und sozialen Umwälzung die Aufgabe, zwischen Klassen und Parteien einen wirklichen Volksfrieden herzustellen, widerstrebende Interessen in Einklang zu bringen, genossenschaftliche Bindungen zu schaffen, denen der einzelne sich einordnet, denen er Opfer bringen muß. Wird der natürliche Instinkt, den Knaben einer bestimmten Altersstufe haben, sich zu raufen und den Schwächeren niederzuwerfen, unterdrückt, dann erzieht man Männer, die Konflikt mit Gewalt, nicht aber mit entwickeltem Rechtsempfinden austragen, denen es an dem Bürgerinn fehlt, ohne den ein Volksstaat gar nicht bestehen kann.

Deshalb soll schon im Spiel der Kinder der Geist gepflegt werden, der die tieferen Leidenschaften bändigt und den Willen zur Gemeinschaft stählt. Nur neue Einsichten können helfen, ein neues Geschlecht aufzuziehen, das bessere Wege für das Gemeinschaftsleben der Menschheit findet als die Lebenden es taten. L.

Vor einer neuen Gefangenenheke in Frankreich?

Die „Presse de Paris“ brachte kürzlich unter der Überschrift: „Es gibt noch französische Gefangene in Deutschland!“ eine Meldung aus Dijon, wonach ein französischer Gefangener namens Arthur Boucher vom 148. Infanterie-Regiment erst jetzt nach seiner Heimkehr nach Dijon zurückgekehrt sei, nachdem er bis vor kurzem mit sieben anderen französischen Gefangenen in dunklen Zellen des Festungsgefängnisses von Danzig wegen irgendwelcher, während der Gefangenschaft begangenen Vergehen eingesperrt gehalten worden sei, ohne daß ihm und seinen Leidensgenossen die Möglichkeit gegeben worden sei, während dieser ganzen Zeit nach Hause zu schreiben. Erst vor wenigen Wochen seien diese Verlaasenen durch Offiziere der französischen Militärmission in Berlin, die sich dienlich nach Danzig begeben hätten, zufällig befreit worden.

Wie die „P. P.“ erfahren, ist bisher die französische Militärmission in Berlin bei keiner zuständigen Stelle der Reichsregierung in dieser von der „Presse de Paris“ veröffentlichten Angelegenheit vorstellig geworden, was aber zweifellos geschehen wäre, wenn die Meldung auch nur auf einem Schein von Wahrheit beruhen würde. Es muß daher mit aller Entschiedenheit dieser Legende entgegen getreten werden, die nur geeignet ist, in Millionen von französischen Familien neue unbegründete Hoffnungen und neue, gänzlich unberechtigte Erbitterung gegen Deutschland zu erwecken. Es ist allerdings möglich, daß einzelne französische Kriegsgefangene erst jetzt nach Hause zurückgekehrt sind. Aber aus einem ganz anderen Grund, als dem, den die „Presse de Paris“ angegeben hat: Seinerzeit desertierten französische Soldaten, die sich aus Angst vor dem Kriegsgericht nicht nach Hause trauten und die jetzt, von Heimweh gepackt, ihre verspätete Rückkehr mit solchen gefährlichen Hemmmärschen ihren Familien und den Militärbehörden erklären wollen.

Wie sich ein „unabhängiger“ Hauspacha das Räteystem vorstellt.

Auf dem Leipziger Parteitag haben sich die „Unabhängigen“ für das Räteystem ausgesprochen. Während derselben Zeit gab uns einer ihrer Anhänger, der das Glück hat, wohnortlich Hausbesitzer in Berlin zu sein, eine treffliche Illustration zu den revolutionären Entschlüssen seiner Partei. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir: Die Mieter des Hauses Reudnitzstraße 5 und Crasimusstraße 15 in Charlottenburg gaben ihrem Hausherrn, Dr. med. E. Gold, auf einem vorgebrachten Formular bekannt, daß sie einen Mieterrat gewählt haben. Es wurde um einen Empfang des Mieterrats zu einer Rücksprache gebeten. Auf dem Formular machte der Herr Doktor zu den Worten „Die Mieter“ die Bemerkung: „Alle?“ Zu der Mitteilung, daß man in Güte und voller Uebereinstimmung mit ihm zusammen arbeiten wolle, schrieb er folgende Randnotiz: „Sehr freundlich. Mein Verwalter wird aber unter Beihilfe des Mietvereinsamtes schon allein fertig. Dr. E.“ Dieses so ausgefüllte Formular sandte der „unabhängige“ Hauspacha mit einem Begleitschreiben zurück, in dem er jeden direkten Verkehr, vor allen aber jede mündliche Unterhaltung mit den Mietern ablehnte, ebenso den ihm zugehenden Besuch des Mieterrats. Er schloß sein Schreiben dann wie folgt: „Als Mittelbesitzer der U. S. P. siehe ich natürlich auf dem Boden des Räteystems, vorausgesetzt, daß es allgemein durchgeführt wird und auf gesetlicher Grundlage beruht. Dieses eigenmächtige und willkürliche Herumdoktern an einem einzelnen Objekt ohne gesetzliche Anerkennung distanzierst aber natürlich den an sich erstrebenswerten Rätegedanken. Das Verwenden von vorgebrachten Formularen und eingeschriebenen Briefen ist natürlich auch nicht geeignet. Ihrer Idee ein höheres Ansehen zu verleihen.“ — Den Unabhängigen ergoht es genau so wie den deutschen „Parteilosen“ von Anno 1914. Sobald es an den eigenen Geldbeutel geht, ist es bei den wackeren „Unabhängigen“ vorbei mit aller Begeisterung für das Räteystem.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 11. Dezember.

Zerförer unseres Wirtschaftslebens.

Das gefährliche Treiben der immer dreister auftretenden Silberhändler, die alles für sie erfahrbare Silbergeld aufkaufen, um es ins Ausland zu verschleppen, gab in den verschiedensten Städten zu tatsächlichen Feststellungen Veranlassung. Einer Ver-

schlebung ins Ausland bedarf es gar nicht; denn Gold- und Silbergeld ist heute ein sehr begehrter Artikel der Zwemlere geworden. Gold- und Silbergeld wird zu Buchpreisen angekauft, dann umgeschmolzen, um zu Schmuckstücken und Gebrauchsgegenständen verarbeitet zu werden. Die Zwemlergeschäfte gehen glänzend, weit besser als vor dem Kriege. Obwohl seit Frühjahr d. J. die Preise für Brillanten und Goldschmuck enorm gestiegen und hochgezeichnet sind, wird dennoch außerordentlich gekauft. Der Luxus kennt keine Grenzen mehr. Und das in einer Zeit, wo Hunderttausende unserer Volksgenossen den notwendigsten Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten können.

Die Umwertung großer Geldsummen in Goldwaren und Zwemeln dient offenbar dem Zweck, sich der kommenden hohen Besteuerung nach Möglichkeit zu entziehen. So sind nun einmal unsere Patentpatronen! Der Krieg, der unserm Volk die schwersten Wunden geschlagen, hat so manchem dieser lauberen Volksgenossen ungeheure Gewinne in den Schoß geworfen. Nun der Krieg verloren ist und die Kriegsgewinne ihren Anteil am Wiederaufbau Deutschlands auf sich nehmen sollen, suchen sie sich zu drücken. Es sind zum Teil dieselben Leute, die in der reaktionären Presse über den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands klammern und die Revolution und die republikanische Regierung dafür verantwortlich machen. Schuld daran sind alle, die bewußt oder unbewußt gegen alle Maßnahmen der Regierung und Behörden verstoßen, die eine Gesundung unseres schwerkranken Volkstörpers und zerrütteten Wirtschaftslebens bezwecken.

Der neue Fischreichtum in der Nordsee.

Bei uns sowohl wie in der Niederlande und in Großbritannien hat man die Beobachtung gemacht, daß der Fischreichtum der Nordsee jetzt besonders groß ist, denn die Fischereifahrzeuge bringen ungewöhnlich umfangreiche Beute heim. Wie in einem Aufsatz des „Prometheus“ ausgeführt wird, hat anscheinend die Kriegszeit mit der Einströmung der Seefischerei auf den Fischbestand der Nordsee sehr vorteilhaft eingewirkt. Die deutsche Seefischerei, die jetzt immer mehr in Gang kommt, war zunächst dadurch erheblich beeinträchtigt, daß die Dampfer die besten Fischgebiete nicht benutzen konnten, weil diese von Minen verlegt waren. Nun sind aber diese Gebiete allmählich von den Gefahren befreit und das Betätigungsfeld unserer Fischerei wird damit dauernd vergrößert. Zu Anfang dieses Jahres brachten die deutschen Fischdampfer von ihren ersten Ausreisen etwa 20 000—30 000 Pfund Fische mit. Im Mai und Juni kamen die Erträge einer Fangreise von etwa einer Woche bis auf 40 000—50 000 Pfund, und ein Cuxhavener Fischdampfer brachte sogar 63 000 Pfund Fische heim. Der Juni hat dann diese Zahl noch weit übertroffen. Fänge von 60 000—70 000 Pfund sind jetzt keine Seltenheit mehr. Ja, ein Dampfer brachte sogar von einer einwöchigen Reise 90 000 Pfund mit, was man früher niemals für möglich gehalten hätte. Sehr befriedigend sind die Fänge auch hinsichtlich der Größe der Fische, die sich während des Krieges besonders gut entwickelten.

Trotz dieses Fischreichtums haben die Preise für Fische in frischem und geräucherter Zustände seit der Freigabe des Handels eine geradezu wahnsinnige Höhe erreicht. Kaufe man in der ersten Kriegszeit noch ein Duzend Heringe für 60 Pfg. bis 1 Mk., so kostet heute ein Exemplar dieser Gattung 1 Mk. und man darf noch gar nicht zusehen, welche ein verächtliches Ding einem in die Hand gebracht wird. Die phantastischen Preissteigerungen sind sicher nicht zu begründen. Für Dorsch verlangt man z. B. 1,80 bis 2 Mk. pro Pfund, für Heringe 2,80 bis 3 Mk. Mit kleinen Heringen überhäufte man den Markt in der Vorkriegszeit oftmals derart, daß vielfach große Mengen auf den Dünghaufen wanderten, weil sie gar nicht abgesetzt werden konnten. Für ein Pfund zahlte man damals 10, 15, 20 Pfg., heute kosten solche kleine Dingerchen 2 Mk. und noch mehr das Pfund.

Noch verdrückter sind die Preise für geräucherte Fische: Wälslinge und Sprotten kosten das Pfund 5 Mk. und mehr, so daß ein einziger Spratt sage und schreibe 10 Pfg. kostet! Vor dem Kriege zahlte man für das ganze Wall (80 Stück) 80 Pfg. Der Bevölkerung zehet man immer vor, daß Fische ein Volksnahrungsmittel seien, bei solchen Preisen ist es aber dem Volke, das sich die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, wahrhaftig nicht möglich, das kostbare Nahrungsmittel zu kaufen. Mit der Ausrede: „Es wird ja alles teurer“, will man diese wahnwitzigen Preise rechtfertigen. Nur Profit sucht ist es, die die Preise immer höher treibt.

Bei jeder neuen Lohnforderung der Arbeiter, kleinen Beamten, Angestellten usw. macht man in Entrüstung. Aber von der ungeheuerlichen Preistreiber bei den Lebensmitteln im Zwischen-, Klein- und Schleißhandel, abgesehen von allem sonstigen zur Existenz eines Menschen Notwendigen, spricht man dabei nie. Wann endlich wird die Preisschraube auf ihrem letzten Gang feststehen?

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

58. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Als Doktor Singheimer eintrat, wechselte er einen schnellen Blick mit dem Wärter, der durch ein Kopfschütteln antwortete. Das sollte heißen: Nichts Neues. Darauf verzick Mewes träge lächelnd das Zimmer, um sich draußen keine Pfeife anzuzünden. Der Arzt reichte dem Kranken die wohlgepflegte kräftige Hand.
„Guten Tag! Wie gehts heute?“
Horstmann nickte und brachte ein müdes „Danke“ hervor. Singheimer fuhr fort, sich nach diesem und jenem zu erkundigen. Während er sich in einen Wortschwall verlor, musterte er zugleich den Kranken und fixierte bei sich seine Beobachtungen. Offenbar befindet er sich noch im melancholischen Stadium dachte er. Die klammengesunkene schlaffe Haltung, die Stirn, die noch immer in diesem Falten gezogen ist, das müde Auge, die verschleierte Stimme, die kaum ein paar Worte herausbringt, alles spricht dafür. Und warum sieht er mit dem Rücken gegen das Fenster? Im Gesunder würde sich über den Sonnenschein freuen. Gegeben hat er auch fast nichts. Den famosen Spinat hat er kaum angelehrt. Der Wärter wird wohl recht haben, wenn er sagt, daß der Kranke die Idee hat, vergiftet zu werden. Das alles werden wir erst mal herauszubekommen versuchen.
„Also im Großen und Ganzen ist Ihr Aussehen nicht schlecht. Puls ist normal, Zunge blank. . . . Sagen Sie mal, ich an Ihrer Stelle würde ein bißchen spazieren gehen. Draußen ist eine traumhafte Luft.“
„Ich habe ja das Fenster offen.“
„Ganz recht, dadurch haben Sie allerdings frische Luft. Aber Sie müssen sich unseren Park ansehen. Jetzt im Frühling ist das in Anblik, den man anderswo nicht leicht hat. Gehen Sie doch ein bißchen spazieren!“
„Ich habe keine Lust.“
„Das ist aber komisch! Mir liegt der Frühling so in den Knochen, daß ich am liebsten alles Kurieren vergesse und im grünen Wald spazieren ginge. Wie sagt Mirza Schaffy: Im wunderbaren Monat Mai, als alle Knospen sprangen und so weiter. Gehen Sie nur einmal heraus! Wie der Mai alles neu macht. Die ältesten Bäume werden wieder jung.“
Aber Horstmann wandte nicht einmal den Blick um, sondern erwiderte düster:
„Nur die Menschen nicht.“
„Und all diese famosen Sachen, die der Frühling mitbringt. Wie frische Gemüts. Wie finden Sie eigentlich unsere Küge? Und Sie zuriecken?“

„Kolländisch.“
„Warum essen Sie denn nichts? Sie müßten viel mehr essen.“
„Ich bin satt.“
„Diese famosen Rabieschen!“ fuhr der Arzt fort. „Sie getranken doch?“
Dabei nahm er einige aus dem Bund und zerbiß sie mit schwarzem Belagen. Dann kostete er einen Teelöffel voll Spinat, schnitt sich ein Stückchen Fleisch ab.
Das Kotelett scheint mir ein bißchen jäh. Ich werde der Köchin mal aufs Dach steigen. Sie soll Ihnen nur das Beste bringen. Ueberhaupt, wenn Sie wegen der Küche Wünsche haben, müssen Sie es nur sagen. Die Hauptsache ist, daß Sie sich gut nähren.“
„Ich kann doch nicht mehr essen, als ich Hunger habe.“
„Sie müssen sich eben Hunger machen. Würde es Ihnen nicht besser kommen, wenn Sie in Gesellschaft äßen? Wir haben ein paar famose Herren aus der Station, die Ihnen gewiß gefallen würden.“
„Ich bin lieber allein.“
„Das ist schade. Das ist wirklich schade!“
Indem der Arzt den Tisch verließ, legte er sich gerade vor Horstmann auf eine Kurbank und sagte, mit einem Bein baumelnd:
„Sie denken zu viel nach, Herr Ingenieur.“
„Das kann wohl sein.“
„Na und worüber denken Sie soviel nach? Sind es wissenschaftliche Probleme?“
Aber wie einer, der müde ist, gestrogt zu werden und keine Lust zu antworten hat, zuckte Horstmann die Achseln.
„Ich denke an alles Mögliche. Privatfachen! Ich kann Ihnen das unendlich mitteilen.“
„O bitte!“ erwiderte der Doktor lebhaft. „Ich wünsche das auch gar nicht zu wissen. Ich dachte nur, Sie hätten vielleicht Sorgen, und dann ist es doch immer eine Erleichterung, wenn man sich aussprechen kann.“
Hierauf erwiderte der Kranke nichts. Eine Weile schwieg das Gespräch.
Der Arzt dachte vergeblich über einen neuen Anknüpfungspunkt nach.
Schließlich sagte er in einem Ton, der etwas von ernster Ermahnung an sich hatte:
„Sie sollten sich beschäftigen. Arbeit ist das beste Mittel gegen unnötige Sorgen.“
Da blinnte Horstmann zum erstenmal lebhafter auf.
„Ich mich beschäftigen? Ich habe mich zwanzig Jahre meines Lebens mit Unternehmungen beschäftigt, von deren Größe Sie vielleicht keine Ahnung haben. Ich habe ein paar hundert Leute unter mir gehabt. Wenn ich was anfing, handelte es sich um

Millionen. Jetzt bin ich auf dies Zimmer beschränkt. Ich kann nicht mal frei ausgehen und . . . ich wills auch gar nicht. Kommt sollte ich mich hier beschäftigen? Ich habe meine Gedanken, die sind mir genug.“
Der Arzt hatte aufmerksam zugehört, und während er freundlich lächelnd die Worte zu bekräftigen schien, dachte er bei sich: Offenbar Größenwahn. Endlich kommt etwas heraus.
„Was ist denn eigentlich Ihr Hauptwerk?“
„Ich habe unter anderem die höchste Eisenbahnbrücke der Welt gebaut.“
Dann fügte er hinzu, als wenn ihm diese paar Worte schon ärgerten:
„Uebrigens lesen Sie es doch in meiner sogenannten Krankengeschichte nach!“
„Ich hab's schon gelesen.“ erwiderte der Arzt, obgleich davon in der Krankengeschichte nichts stand. „Aber sagen Sie mal, halten Sie sich eigentlich für krank?“
„Ich bin krank.“ erwiderte Horstmann düster. „Aber glauben Sie mir nicht, daß Sie mich für einen Kurieren können.“
„Wenn Sie nicht sagen, woran Sie leiden, allerdings nicht.“
„Auch wenn ichs Ihnen sagte. Wenn mir körperlich etwas fehlte, würde ich Sie um Rat fragen. Aber wie komme ich dazu, Ihnen mein seelisches Leiden mitzuteilen?“
„In meiner Eigenschaft als Arzt.“
„Als Arzt! Was heißt das? Sie haben den Blutumlauf studiert, Sie wissen, wie der Magen aussieht, Sie können mir sagen, ob ich Nieber habe, ob ich an schlechter Verdauung leide. Aber können Sie mir deshalb in einer rein menschlichen Angelegenheit raten?“
„Nicht übel gedacht! Aber doch ganz die Reflexion eines Kranken, sagte der Arzt bei sich. Dann erwiderte er:
„Es gibt auch Ärzte für die Seele — Psychiater. Und als solcher erlaube ich mir die Frage.“
„Unter Psychiatern verstehen Sie die, welche die Krankheiten der Seele oder des Geistes studiert haben. Nicht wahr?“
„Ganz recht.“
„Also halten Sie mich für geisteskrank?“
Einen Augenblick schwieg der Arzt. Dann sagte er fest:
„Allerdings, ich halte Sie für geisteskrank.“
Horstmann lächelte:
„Ich bin geistig ebenso gesund wie Sie. Nur . . . ich bin krank an wirklichen Verhältnissen. Ich bin unglücklich, weil ich Grund dazu habe. Das ist meine sogenannte Krankheit.“
„Und worin besteht Ihr Unglück?“
„Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin unglücklich und habe Grund dazu.“
„Sie bilden sich den Grund nur ein. Und diese Einbildungen, die Sie anstellen, sind Ihre wahre Krankheit.“ Fortsetzung folgt.

Reich und Ausland.

Die Mutter mit den 20 Zwillingen. Einen ungewöhnlich breiten Schwindler hat in Berlin die 26 Jahre alte Bertha Müller gesucht. Sie behauptete in kurzen Zwischenräumen fast alle Ständesämter und zeigte an, daß die Ehefrau E. Zwillinge geboren habe. Sie gab überall den Namen ihrer Freundin an, verlegte aber deren Wohnung immer in den Bezirk des betreffenden Standesamtes. Mit der Anmeldebekanntmachung beauftragte sie sich dann gradenwegs nach der zuständigen Brotkommission und ließ sich Karten für alle Nahrungsmittel geben, die für Säuglinge und deren Mütter bestimmt sind. Mit diesen Karten verhandelte sie sich Milch, Zucker usw., um sie dann für teures Geld zu verkaufen. So waren schon an die 20 Zwillinge des gleichen Namens in die Listen der Standesämter und der Brotkommission eingetragen worden, als die Ueberprüfung endlich den Schwindler ans Licht brachte. Die Fällherin ist noch nicht ergriffen worden.

Großer Notstand herrscht nach Meldungen aus Dresden unter den Landwirten des sächsischen oberen Erzgebirges und des oberen Vogtlandes. Kartoffeln, Getreide und große Mengen Futter stehen tief im Schnee und sind verloren. Nicht nur der materielle Schaden ist groß, sondern auch bei den Selbstversorgern treten Lebensmittelschwierigkeiten auf. In kurzer Zeit wird man das Vieh nicht mehr ernähren können, wenn nicht Hilfe aus günstiger Gegend gebracht wird.

Niege Diebstähle von Brotarten durch Angehörige des hiesigen Lebensmittelamtes wurden dieser Tage in der Abteilung für Vieh-Verordnung in Frankfurt a. M. aufgedeckt. Als Hauptdieb kommt der Vorsteher dieser Abteilung, Georg Busch, in Betracht. Dieser hat täglich im Verein mit mehreren Schalterbeamten von den von den Wirten abgegebenen Karten bis zu 500 Stück zurückgehalten und diese dann bis zu 50 Pf. das Stück an Schleichhändler verkauft. Die Diebstähle reichen bis Mitte dieses Jahres zurück. Die Stadt ist durch sie um hohe Summen und um ungezählte Tausende Kilo Brot bzw. Mehl geschädigt worden. Busch hat mit seinen Helfershelfern das auf diese Weise erworbene Geld in Weinschnaps verjubelt.

Theater und Musik.

Der Sturz des Apostels Paulus, Drama in 12 Bildern von Adolf Lauderer. Es ist ein gar festliches Drama, das Hoff Lauderer, der Stiefsohn Hermann Sudermanns, da zusammengebaut hat. Einige dieser Szenen sind trotz aller gedrangenen Kürze wirksam und von großer dramatischer Schlagkraft. Allerdings sind sie zum Teil nach bewährten Vorbildern gearbeitet. Bald hat der Stiefvater Sudermann, bald Franz Wedekind, bald dieser und noch jener andere erfolgreiche Dramendichter Worte gefunden. Aber wenn schon! Von der zehnten Szene an wird die Sache jedoch trübsalig. Der Dichter hat nach einem wirkungsvollen Abschluß

gesucht. Das ist ihm nicht gelungen. Das Interesse des Zuschauers erlahmt, weil den beiden letzten Szenen nicht allein selbst die Kraft fehlt, sondern weil auch Lauderer kein Konsequenzenmacher ist. Statt seinen sonderbaren Schwärmer am Weibe zugrunde gehen zu lassen — das Weib pflegt ja zum Teil die Achillesferse der Propheten zu sein! — läßt ihn Lauderer an seiner großen Idee dahinsinken. Dieser geistige Trost erweist sich als ein Mittel, noch Bewunderung, weber Wische noch Begeisterung. Er läßt einfach fürchtbar gleichgültig, wie es Karren lassen, die an einer Wahnidee leiden und nicht die Kraft besitzen, sie zu begründen zu gehen oder sie zu meistern. Gleichgültigkeit aber kets lähmend, tödlich, wie ein Dolchstoß von hinten. Das ist schade. Denn manche Szene zeigt auf knappstem Raume und in wenigen Strichen eine große Gestaltungskraft. In den zwölf Szenen bildet Lauderer das Schicksal eines Geliebten. Der „Apostel Paulus“ ist der Barbiergehilfe Paul Schumann. Vollkopf bis obenhin mit unverständlicher oder doch nur halbverständlicher indischer Religionsphilosophie, hält er für sich eine Verkörperung Buddhas. Selbst sein guter, ehrlicher Name mißfällt ihm. Bal-Su, das klingt so exotisch und gibt auch ein besseres Ansehen. Ein Karr hat noch immer viele gemacht. Es ist deshalb kein Wunder, daß dem Apostel Paulus bald viel Volk nachrennt, vor allem hysterische Weiber, die den armen Karren, der auf seine Weise Gott sucht, für einen postbegnadeten Mann halten. Kritisch wird für ihn die Sache, als sich in seinen Netzen die unverständliche junge Frau des Drogisten dehnt. Wohl kommt sie ihm auf halbem Wege entgegen, jedoch er nur zuzufassen brauchte, um sie ganz zu besitzen. Aber er ist so sehr von der Idee seines Apostelberufes beherrscht, daß fleischliche Gelüste keine Gewalt über ihn bekommen. Er zieht es vor, mit ihr ihr sterbenskrankes Kind nicht gesund, sondern tot zu beten, weil sich Hedwig auf sein Drängen über die vom Arzte angeordneten Maßnahmen hinwegsetzt. Die Folge ist, daß ihn der Staatsanwalt beim Widel nimmt, während die junge Frau vorübergehend geistiger Umnachtung anheimfällt. Auch er selbst soll für verurteilt erklärt werden; aber er macht den wohlmeinenden Rat des Arztes aufhören. So nimmt das Schicksal seinen Lauf. Er muß den von ihm fahrlässig verschuldeten Tod von Hedwigs Kind im Gefängnis büßen. Nach der Haft, die ihn von seinem Wahne nicht befreit hat, fettert er sein Schicksal ganz an das Hedwigs, der der Aufenthalt in der Gefängnisinsel insofern gut bekommen ist, als sie ihre geistige Gesundheit wieder erlangt hat. Aber kein Ruf als Prophet und Apostel ist dahin, und so muß er sich kümmerlich als Gelegenheitsdichter durchschlagen. Da er kein Geschäftsmann und auch sonst unpraktisch ist, bringt ihm sein Beruf wenig ein. Auf Drängen Hedwigs bewirbt er sich bei den Bombastikern als Redakteur. Aber er kommt zu spät. Nun hält es auch Hedwig bei ihm nicht länger mehr aus und verläßt ihn. Von allen verlassen, bleibt ihm als letzte Zuflucht der Leierkasten. Im trauen Apostelhemd zieht er von Hof zu Hof, hier und da einen Wagnis erhaschend, denn, unpraktisch wie er ist, versteht der Apostel selbst dieses Geschäft nicht halbwegs einträglich zu gestalten. Eines Tages wird eine Ungelegenheit erfindung oder gar die Schwindlust den dänischen Ma-

Rudolf v. Dossow hatte die 12 Bilder mit Fleisch und Vieh in Szene gesetzt. Da er sich der Dreißig Jahre bediente, brachte er es fertig, innerhalb einer Stunde acht Bilder von gutem Zuschnitt herauszufassen. Eine recht achtbare Leistung, die dem Drama sehr zuträglich kam! Eine wirksame Unterstützung fand er in den Darstellern. Den Apostel spielte Dr. Camont Frong. Sein Paul Schumann hatte Hand und Fuß. Der Charakter hatte gute Bräunung und war auch scharf erfasst. Die Leistung verbiente ohne Einschränkung die Note 1a. Brächtig, wie immer, war Wilhelm Spohr als Hedwig. Ihr frisches, ursprüngliches, farbreiches Spiel kam vom Herzen und ging zum Herzen. Guter und Partien hörten nirgends; alles war fein abgekliffen. Nicht ihr den Vorbeer! Die übrigen Rollen sind mehr epischen Charakters. Karl Wünderer traf ganz ausgezeichnet den Ton als Chefarzt der kranken Krankenanstalt. Für seine Bienenwendbarkeit und sein starkes Talent spricht auch der Umstand, daß er an Stelle Schrotts, der plötzlich erkrankt war, ohne jede Probe auch noch den Kaplan spielen konnte und als solcher sogar sehr gutes leistete. Den Hundebänger, den Schlaflosen des Apostels, eine Gestalt, die wie ein schwacher Aufguss des Angengrüblichen Steinlopfers Johannes wirkt, gab Martin Holmann nicht unüblich. Auch die übrigen Darsteller verdrängen nichts. Der Beifall fehlte am Schluß jährend ein, wurde aber schließlich fastlich wärmer und kalt neben den Hauptdarstellern vor allem Rudolf von Dossow, der die Schwirigkeiten so geschickt gemeistert hatte.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Aufruf!

Durch die nicht aufhörenden Verteuerungen der ganzen Lebenshaltung befinden sich tausende von Leuten, besonders alte und gebrechliche Unfall- und Altersrenten-Empfänger sowie Witwen und Waisen in bitterster Not. Die geringfügigen Aufbesserungen reichen mit den stets nur recht gering bemessenen Renten bei weitem nicht aus, auch nur den allernotwendigsten Unterhalt zu bestreiten, und richten deshalb die unterzeichnete Vereinigung die herzlichste Bitte an die Lübecker Bevölkerung, durch ihre Gabe den traurigsten Verhältnissen nach Möglichkeit zu steuern. Einzahlungen nehmen die Kassenstellen der Vorstraße- und Sparvereins-Bank, Fleischhauerstraße, auf das Konto des Vereins entgegen. Von dem oft erprobten Wohltätigkeitsfunds der hiesigen Bevölkerung wird erhofft, daß derselbe es auch diesmal ermöglicht, einer vergessenen Kategorie von Leuten durch reichliche Spenden eine kleine Weihnachtsfreude zu bereiten. Verein Lübecker Renten-Empfänger.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 8. bis 14. Dezember 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen 200 Gramm Fleisch und Fleischwurst, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, ausgegeben. Auf jede Fleischkarte muß Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Verteilung ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „40“ enthält, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Militärpersonen, Weibchen und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischkarten bei dem Schlächtermeister H. Mehncke, Schlüsselbuden Nr. 20.

Zusätzlich auf Grund ärztlichen Attestes Kranken zugehörige Fleischkarten sind nur bei dem Schlächtermeister August Hellmann, Johannstraße Nr. 17/19, zu entnehmen.

Lübeck, den 11. Dezember 1919. (11925)

Das Landesverorgungsamt.

Feuergefährliche künstliche Leuchte.

Der Verkauf und der Gebrauch künstlicher, mit brennbarer Flüssigkeit gefüllter Lannaubaumluchte ist verboten.

Rechertrationen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Lübeck, den 20. Dezember 1918.

Das Polizeiamt.

Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken.

Die Aufgabe von Spiritus-Bezugsmarken erfolgt in der Geschäftsstelle des Landesverorgungsamtes, Königstraße 63, von Freitag, den 12. Dezember 1919 ab und zwar nur an diejenigen Bezugsberechtigten, welche im Oktober 1919 zuzugewiesene Spiritus-Bezugsmarken erhalten haben.

Bei der Abholung der Marken sind die Ausweise zum Bezuge von Lebensmittel vorzulegen.

Lübeck, den 12. Dezember 1919. (11905)

Das Landesverorgungsamt.

Die Hausbesuchungskommissionen sind an die Durchführung der Wahlen zur Ermittlung der Einkommensteuerpflichtigen angehalten. Die Ermittlung der Einkommensteuerpflichtigen ist die Aufgabe der Hausbesuchungskommissionen. Die Ermittlung der Einkommensteuerpflichtigen ist die Aufgabe der Hausbesuchungskommissionen.

Lübeck, den 10. Dezbr. 1919.

Die Steuerbehörde.

Der am 10. Dezbr. 1919 abgehaltene Wahltag ist auf den 12. Dezbr. 1919 verlegt worden. Die Wahllokale sind an den betreffenden Tagen in den Wahllokalen zu öffnen.

Lübeck, den 10. Dezbr. 1919.

Eine Bettstelle zu verk. (11933) Offenrode 10, nt.

Ein neuer Gehrock mit Weste z. verk. mittl. Figur. (11994) La. Lohberg 35 L. I.

Das Kautak Kelle 8 50 u. m. (11907) Johannstraße 47.

Petroleum-Kronlampe w. neu zu verkaufen. (11934) Entenr. 26 N. r.

Zu verk. Militärstühle, Gr. 37, c. Kinder-Rochheit zu verkauf. (11909) Friedenstraße 32, nt.

2 guterh. Pferdegeschirre zu verkaufen. (11912) Langer Lohberg 1. II.

50 Ferkel und mehrere Zuganier sind zu verkaufen. (11929) J. Klawer, Schwarzenauer Allee 133.

Or. Wuppensportwagen, schwarz, Samthut. 8-10 P. Blumenkranz billig z. verk. (11921) Al. Altesfähre 12.

Zu verk. 1 Pferd a. Rädern u. 1 H. Wuppensportwagen. (11920) Westhofstr. 52. II. (11920)

Zu verk. eine Wuppensportwagen m. Sagen und ein Spielherd m. Aluminiumgefäß. (11927) Lohberg 8 II, r. Dth. (11927)

Eine ev. Kinderbettstelle u. eine Zuger z. verk. (11914) Bredersdorf, Lohr. 41. I.

Zu verk. gel. ein Spiegel m. Schrank o. Konf. Ang. u. B. K. a. d. Gr. (11936)

Ein kleiner wachsender Hund zu kaufen gesucht. (11928) Schwartau, Kellenhöferstr. 43 a.

1 krapprot, 1 braune Tuchhose z. verk. 1 blaues Tuchjackett (Dam.), 1 schw. Federboa zu verk. (11980) Zremekamp 35.

Vinoleum-Lampich z. kauf. gesucht. H. Iden, (11911) Schwart. Allee 152.

Grammophon mit Platten gesucht. Ang. nt. Nr. unt. DD a. d. Gr. (11928)

Petroleum auf Marken (11918) J. Schwabroh, Moislmair Allee 234 B a

Weihnachtsbäume hat billig abzugeben (11925) H. Klemm, Fackenburg.

Bilderleisten Oscar Tauchnitz, Glasdgl. Fleischhauerstr. 95. Finr. 2508

Weihnachtsbäume hat billig abzugeben (11925) H. Klemm, Fackenburg.

Lübecker Straßenbahn.

Für die Linien 10 und 11 gelten bis auf Weiteres nachstehende Abfahrtszeiten:

Linie 10. Markt-Vorwerker Friedhof.	ab Markt: 12.00, 12.20, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20, 2.40, 3.00, 3.20, 3.40, 4.00.	ab Vorw. Friedhof: 12.40, 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20, 2.40, 3.00, 3.20, 3.40, 4.00, 4.20, 4.40.
Linie 11. Kohlmarkt-Sanitätsstraße.	ab Kohlmarkt: 6.50, 7.20, 7.50, 8.20, 8.50, 9.20, 9.50, 10.20, 10.50, 11.20, 11.50, 12.10, 12.30, 12.50, 1.10, 1.30, 1.50 um 6.55	ab Sanitätsstraße: 7.10, 7.40, 8.10, 8.40, 9.10, 9.40, 10.10, 10.40, 11.10, 11.40, 12.00, 12.20, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40, 2.00 um 7.10

ferner: 7.20, 7.50, 8.20 8.50. ferner: 7.10, 7.45, 8.10, 8.40, 9.00.

Lübeck, den 10. Dezember 1919. (11900)

Die Direktion.

Konsumverein f. Lübeck u. Umg.

Nachdem die am 9. Dezember stattgefundene Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der 3 Prozent Rabatt für im Geschäftsjahr 1918-1919 entnommene Waren am

Freitag, dem 12. Dezember, Sonnabend, dem 13. Dezember, Dienstag, dem 16. Dezember und Mittwoch, dem 17. Dezember

während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenauflieferung erhaltenen Quittung.

Au Kinder wird nicht ausbezahlt.

Der Vorstand.

Alle Freunde der Genossenschaftsbewegung fordern wir auf Anteile zu zeichnen für die Arbeitsgenossenschaft Lübeck

damit die Eröffnungsbilanz, die nach erfolgter Eintragung bekannt gegeben wird, einen Markstein in der Lübecker Arbeiterbewegung bedeutet.

Jeder gewerkschaftler! Jeder Parteigenosse muß mindestens einen Anteil zeichnen!

Beitrittsklärungen sind bei allen Gewerkschaftsvorsitzenden, im Restaurant des Gewerkschaftshauses und im Arbeitersekretariat zu haben. (11937)

Der Vorstand.
I. A.: Fritz Steen. Josef Gogowsky. Bathauer, Architekt.

Herren-Socken 3.90 4.— 4.50
Unterjacken 9.75
Woll. Herren-Sweater 13.— 18.75
Herren-Ulster 145.—
Anzugstoffe 34.— 35.50 37.50
Hosen 45.—
Jüngling-Hosen 13.20

Reichsware

nur gegen Bezugschein:

Herren-Socken 3.90 4.— 4.50
Unterjacken 9.75
Woll. Herren-Sweater 13.— 18.75
Herren-Ulster 145.—
Anzugstoffe 34.— 35.50 37.50
Hosen 45.—
Jüngling-Hosen 13.20

August Haerder & Co.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei

Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10
Mgl. d. R. Sparo, Cubeca

Rasier-

Messer u. -Apparate in reichhaltiger Auswahl.

Oldorf
Huzstr. 50. Fernspr. 1251.

Leder, Ledersohlen, Lederabfälle, Lederpatentsohlen usw. billigst bei C. Grimm Nachf., Lederhandlung u. Schallfabrik. (11287)

Kopfläuse

nebst Brut, Radikalmittel. Zu haben bei Fr. Kröger, ebdigt. Kammerländer, Allee 3, I.

Hasenfelle

Kanin-, Reh- u. Hirschfelle, sowie alle Sorten Wildfelle, Pferdes- u. Kuhhaare kauft stets zu den höchsten Tagespreisen

D. Wagner
Poststr. 8. (11288)

Der neue Welt-Kalender für 1920

Preis 80 Pfg. Zu beziehen: Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. und deren Kolportage.